

# SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Christian Meier*

## Deutsch-Russische Beziehungen auf dem Prüfstand

Der Petersburger Dialog 2001–2003

S 10  
März 2003  
Berlin

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2003

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

# Inhalt

## **Problemstellung und Empfehlungen 5**

### **Einleitung 7**

#### **Konzept des Petersburger Dialogs 9**

Unterschiedliche, aber kompatible Vorstellungen  
von Zielen und Aufgaben 9

Auf- und Umbau von Struktur und Organisation 10

*Institutionelle Träger* 11

*Arbeitsformen* 12

*Teilnehmerkreis* 12

#### **Praxis: Petersburger Dialog 2001–2003 13**

St. Petersburg und Weimar – Organisationsmodell  
auf dem Prüfstand 13

*Leitthema* 13

*Teilnehmerkreis* 13

*Arbeitsgruppen* 14

*Aufgaben zwischen zwei Großen Dialogen* 15

*Öffentlichkeitswirksamkeit* 15

*Einbindung der beiden Hauptinitiatoren in den Dialog* 16

*Petersburger Dialog und andere*

*deutsch-russische Gesprächsinitiativen* 16

Zwischen wünschbaren und  
realisierbaren Projekten 16

St. Petersburg 2003 – Mehr als ein

»weiter wie bisher«? 17

#### **Wirkungen: Petersburger Dialog und russische Zivilgesellschaft 19**

Zum ersten Allrussischen Bürgerforum 19

Nach dem Bürgerforum: Status quo zwischen  
Staat und Zivilgesellschaft 20

#### **Zusammenfassende Bewertung und Ausblick 23**

### **Anhang**

Der zweite Petersburger Dialog in Weimar,  
8.–10. April 2002: Berichte der Arbeitsgruppen 27

Russland und Deutschland an der Schwelle des  
21. Jahrhunderts. Schlussdokument des Ersten  
Petersburger Dialoges, 10. April 2001 35



### **Deutsch-Russische Beziehungen auf dem Prüfstand. Der Petersburger Dialog 2001–2003**

Der »Petersburger Dialog«, ein Gesprächsforum für Vertreter der deutschen und russischen Öffentlichkeit, ist das jüngste Projekt deutsch-russischer Kooperation. Auf Initiative von Präsident Putin und Bundeskanzler Schröder im April 2001 ins Leben gerufen, soll er die Zivilgesellschaft in die bilaterale Partnerschaft einbeziehen. In diesem Zusammenhang spricht die Bundesregierung bereits von einer »zweiten Säule« der deutsch-russischen Beziehungen. Damit ist ein hoher Anspruch formuliert, der Anlaß gibt, das neue Kooperationsprojekt eingehend unter folgenden Fragestellungen zu analysieren:

- ▶ Welche Vorstellungen haben die Initiatoren jeweils von den Aufgaben und Zielen des Petersburger Dialogs? Sind sie deckungsgleich oder nur kompatibel?
- ▶ Wie eng ist das Projekt mit der operativen Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen auf Regierungsebene verzahnt?
- ▶ Inwieweit entspricht das Organisationsmodell des Petersburger Dialogs dem Vorbild der deutsch-britischen Königswinter-Gespräche, und ist es damit überhaupt vergleichbar?
- ▶ Wo ist der Petersburger Dialog im System der bestehenden Gesprächsforen zu verorten, und worin besteht sein politisch-gesellschaftlicher »Mehrwert«?
- ▶ Wie sieht die Bilanz seiner bisherigen Tätigkeit aus, und vor welchen organisatorischen und sachlichen Problemen steht er gegenwärtig?
- ▶ Hat der Petersburger Dialog zu einer Aufwertung zivilgesellschaftlicher Gruppierungen in Rußland beigetragen und das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft verändert?

Aus der systematischen Erörterung dieses noch weiter ausdifferenzierenden Problemfächers können folgende Empfehlungen abgeleitet werden:

Die deutsche Seite sollte den Petersburger Dialog vorrangig projektorientiert führen. Nicht Diskussionen über immer neue Themen und Probleme bewirken die Einbindung der Zivilgesellschaft in die deutsch-russische Partnerschaft, sondern Projekte, beispielsweise in den Bereichen Ausbildung, Wissenschaft, Jugend und Städtepartnerschaft. Dafür müssen von staatlicher Seite mehr Sach- und Personalmittel

bereitgestellt werden. Dieser Forderung sollte in Zeiten knapper Kassen allerdings nicht dadurch entsprochen werden, daß Finanzmittel, die das Bundespresseamt bislang für zivilgesellschaftliche Projekte zum Beispiel im Medienbereich verfügbar gemacht hat, einfach auf Projekte im Rahmen des Petersburger Dialogs umgeschichtet werden. Die deutsche Seite muß außerdem darauf drängen, daß der russische Partner mehr Ressourcen einsetzt.

Der Petersburger Dialog sollte vor Beginn der nächsten bilateralen Regierungskonsultationen abgeschlossen, die Arbeitsergebnisse den Regierungsspitzen in schriftlicher Form vorgelegt werden. Sie hätten dann nicht nur die Relevanz der Empfehlungen für die operative Politik zu prüfen, sondern auch bei Projektvorschlägen das Ausmaß staatlicher Unterstützung festzulegen.

Die Schwachstellen im Organisationsmodell des Petersburger Dialogs – das Leitthema, die Struktur des Teilnehmerkreises und der Arbeitsgruppen, die Arbeit in der Zeit zwischen den sogenannten Großen Dialogen, die Einbindung der Initiatoren, das Öffentlichkeitskonzept und das Verhältnis zu anderen deutsch-russischen Gesprächsinitiativen – könnten bei Berücksichtigung der weiter unten aufgeführten Einzelvorschläge zu vertretbaren Kosten und im überschaubaren Zeitrahmen beseitigt werden.

Der Petersburger Dialog sollte durch zivilgesellschaftliche Projekte dazu beitragen, das labile Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in Rußland zu stabilisieren. Namhafte Vertreter der deutschen politischen Stiftungen sowie der Körber-Stiftung und der ZEIT-Stiftung sollten in den nationalen Lenkungsausschuß und in die Arbeitsgruppen des Petersburger Dialogs voll integriert und dazu angehalten werden, ihre Projekte vor Ort stärker an den Empfehlungen des Großen Dialogs auszurichten.

Wenn die Bundesregierung im Vorfeld des dritten Großen Dialogs Anfang April 2003 in St. Petersburg einen Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit berufen hat, der zugleich Mitglied im deutschen Lenkungsausschuß ist, dann zeugt dies sicherlich für ihre Absicht, mit dem von Staatssekretär a.D. Peter Boenisch geleiteten deutschen Lenkungsausschuß eng zusammenzuarbeiten, um dem Petersburger Dialog im Sinne seiner Ziele noch entschiedener zum Erfolg zu verhelfen.

# Einleitung

Für ihre Rußlandpolitik im Zeitraum 2002–2006 hat sich die Bundesregierung zwei programmatische Ziele gesetzt.<sup>1</sup> Zum einen strebt sie als Mitglied der EU, der NATO und der G 8 den Ausbau einer tragfähigen und dauerhaften Sicherheitspartnerschaft zwischen diesen Organisationen und Rußland an. Zum anderen möchte sie die bilaterale politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenarbeit fördern, um den demokratischen, rechtsstaatlichen und sozialen Reformen in Rußland Rückhalt zu geben.

Es gibt eine Reihe von Gründen, sich vor diesem Hintergrund mit dem im Jahre 2001 in St. Petersburg ins Leben gerufenen »Petersburger Dialog« näher zu befassen. Doch jeder einzelne Beweggrund wirft Fragen auf.

Ein erster Grund ist die Tatsache, daß es sich bei diesem neuen Gesprächsforum um eine gemeinsame Initiative von Präsident Putin und Bundeskanzler Schröder handelt. In diesem Zusammenhang sind folgende Fragen zu stellen: Ist der Petersburger Dialog nur eine spontane Idee seiner Initiatoren, die mit der bisherigen Dialogstrategie nicht vereinbar ist? Haben sich Putin und Schröder lediglich auf die Rolle des Geburtshelfers beschränkt oder nehmen sie weiter Einfluß auf das neue Forum? Welche Erwartungen verbinden sie mit ihm?

Der zweite Grund ist, daß dieses Forum bislang stets parallel zu den alljährlichen deutsch-russischen Regierungskonsultationen getagt hat und die beiden Initiatoren jeweils beim Forum aufgetreten sind. Ist insofern eine enge Verzahnung des Petersburger Dialogs mit der operativen Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen auf Regierungsebene beabsichtigt?

Dritter Grund ist der Anspruch des Petersburger Dialogs, nach dem Vorbild der deutsch-britischen Königswinter-Gespräche den Dialog der Zivilgesellschaften zu fördern. Was ist vom Erfolgsmodell der Königswinter-Gespräche übernommen worden? Kann es bei der Grundverschiedenheit der Partner ein deutsch-russisches Königswinter überhaupt geben?

Den vierten Grund liefert eine Passage in der Rede des Bundeskanzlers zur Eröffnung des Petersburger Dialogs. Wörtlich lautet sie: »Ich wünsche mir auch, daß die Veranstaltung einen Beitrag zum Aufbau und zur Entwicklung der Zivilgesellschaft in Rußland leistet. Denn ohne eine moderne Zivilgesellschaft kann es weder eine funktionsfähige Demokratie noch eine dauerhaft stabile Marktwirtschaft geben.« Hat der Petersburger Dialog in diesem Sinne zu einer Aufwertung zivilgesellschaftlicher Gruppierungen in Rußland beigetragen und hat er das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft verändert?

Ein fünfter Grund ist schließlich, daß es im deutsch-russischen Verhältnis bereits seit Jahren eine Reihe bewährter und anerkannter Foren gibt, auf denen Vertreter der verschiedensten Sparten der Gesellschaft beider Länder regelmäßig Gespräche führen, wie zum Beispiel das Deutsch-Russische Forum, die Potsdamer Begegnungen und die Berge-dorfer Gespräche. Wo ist der Petersburger Dialog im System der bestehenden Gesprächsforen zu verorten, und worin besteht seine spezifische Leistung?

Der sechste Grund ist, daß der Petersburger Dialog in Kürze vom 10. bis 12. April 2003 sein drittes Treffen abhält. Wie sieht die Bilanz seiner bisherigen Tätigkeit aus? Wo steht der Petersburg-Dialog heute, und was ist von ihm künftig zu erwarten?

Dieses Bündel von Fragen ist weder vollständig noch läßt es sich umfassend beantworten. Es kann nur Teilantworten geben, weil sich der Petersburger Dialog noch immer in der Aufbauphase befindet und bereits erzielte Ergebnisse partiell auch wieder verändert werden. Zur Zeit sind weniger Erfolge als Defizite des neuen Forums zu erkennen. Um letztere zügig zu beheben, sind starke Inputs erforderlich, müssen Initiatoren und Organisatoren eine Reihe grundsätzlicher Entscheidungen treffen. Nur dann hat der Petersburger Dialog eine Chance, auf mittlere Sicht eine tragfähige »zweite Säule« der deutsch-russischen Beziehungen<sup>2</sup> zu werden, entsprechend den Vorstellungen der Bundesregierung. Andernfalls

<sup>1</sup> Wortlaut des Koalitionsvertrages in: Das Parlament, (2002) 42–43, S. 17–24 (23).

<sup>2</sup> Regierung Online – Schröder, Putin und Gorbatschow beim »Petersburger Dialog«, in: <http://www.bundesregierung.de/s> [download 11.12.2002].

läuft er Gefahr, zu einem aufwendigen Spektakel im Beiprogramm der deutsch-russischen Regierungskonsultationen zu verkommen, das zusehends an Attraktivität und Relevanz einbüßt.



## Konzept des Petersburger Dialogs

Das federführende Bundeskanzleramt, und hier insbesondere der frühere Kanzlerberater Steiner, beschränkte sich zunächst auf die Absichtserklärung, nach dem Vorbild der deutsch-britischen Königswinter-Gespräche ein deutsch-russisches Diskussionsforum für aktuelle gesellschaftliche Fragen zu organisieren. Eine eingehende Erörterung aller Aspekte dieses Vorhabens auf der staatlichen und nichtstaatlichen Ebene war schon aufgrund der Terminplanung nicht möglich: Um den Petersburger Dialog mit den für Anfang April 2001 anberaumten deutsch-russischen Regierungskonsultationen zeitgleich installieren zu können, mußte er innerhalb von knapp einem halben Jahr förmlich aus dem Boden gestampft werden. Erst unmittelbar vor und dann auf der Gründungsveranstaltung (8.4.–10.4.2001) haben Schröder und Putin ihre Vorstellungen von den Zielen und Aufgaben des zivilgesellschaftlichen Gesprächsforums konkretisiert.

### Unterschiedliche, aber kompatible Vorstellungen von Zielen und Aufgaben

Obwohl der Petersburger Dialog offiziell als Gemeinschaftsinitiative Putins und Schröders gilt, hat der russische Präsident dem Bundeskanzler die Rolle des eigentlichen Ideengebers zuerkannt. Diese Version macht in der Tat politischen Sinn: Die rot-grüne Bundesregierung hatte nach ihrem Amtsantritt im Herbst 1998 die Absicht bekundet, den von Kohl und Jelzin eingerichteten deutsch-russischen Dialog nicht auf die politischen Führungsspitzen beider Länder zu beschränken, sondern auch anderen maßgeblichen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur beider Länder das direkte Gespräch zu ermöglichen.<sup>3</sup>

Inzwischen folgt die Bundesregierung offenbar dem Leitmodell konzentrischer Dialogkreise. Den innersten Kreis bildet der Dialog zwischen den Führungsspitzen.

<sup>3</sup> Christian Meier, *Germany's Policy towards Russia under Schröder/Fischer – Continuity and Innovation*, Vortrag am 14. Oktober 2001 im Centrum Badan Wschodnich Uniwersytetu Warszawskiego, Manuskript (unveröffentlicht).

Zweiter Kreis ist der Dialog der Entscheidungsträger in Regierung und Administration. Mit dem Petersburger Dialog soll nun ein dritter Kreis entstehen, der Vertreter der Gesellschaften beider Länder und hier insbesondere die Jugend einbezieht. Wie Schröder beim zweiten Dialogforum in Weimar bekräftigt hat, ist die Parallelität von Regierungskonsultationen und Petersburger Dialog nicht zufällig, sondern beide Elemente sind »etwas, was einander ergänzen soll«.<sup>4</sup> Der Petersburger Dialog ist noch lange kein Selbstläufer, und er hat seinen festen Platz im System der bestehenden deutsch-russischen Gesprächsforen noch nicht gefunden.

Um den Petersburger Dialog aufzuwerten, ist vorgesehen, Vertreter gesellschaftlich relevanter Gruppen beider Länder, die sonst nicht ohne weiteres in Kontakt treten würden, zu einem offenen und kritischen Meinungsaustausch über aktuelle und wechselseitig interessierende Fragen zusammenzuführen: »den deutschen Theaterregisseur mit dem russischen Banker, die Petersburger Universitätsdozentin mit dem Kölner Sozialexperten.« Sie sollen dadurch das Denken und die Perzeption der Menschen des jeweils anderen Landes besser verstehen lernen. Damit sich dieser Lernprozeß ungestört vollziehen kann, will die Regierung auf thematische und inhaltliche Vorgaben verzichten. Insofern wird der Dialog mit der operativen Arbeit auf Regierungsebene auch nicht direkt verzahnt. Sollte der Meinungsaustausch zu konkreten Projekten führen, ist eine Ad-hoc-Unterstützung von Fall zu Fall jedoch nicht ausgeschlossen.

Bei aller Zurückhaltung macht die deutsche Regierung keinen Hehl daraus, daß sie mit dem Dialog zumindest drei konkrete Erwartungen verknüpft. Zum einen erhofft sie sich, daß er die Entwicklung einer starken russischen Zivilgesellschaft fördert, ohne die es weder eine funktionsfähige Demokratie noch eine dauerhaft stabile Marktwirtschaft geben könne.<sup>5</sup> Zum

<sup>4</sup> Grußwort des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder an den Petersburger Dialog in Weimar (8.–10.4.2002), in: *Deutsch-Russisches Forum* (Hg.), *Petersburger Dialog – Weimar 2002*, Berlin 2003, S. 4.

<sup>5</sup> Gerhard Schröder, *Deutsche Rußlandpolitik – europäische Ostpolitik*, in: *Die Zeit*, Nr. 15, 2001, [http://www.zeit.de/2001/15/Politik/200115\\_russland.html](http://www.zeit.de/2001/15/Politik/200115_russland.html) [download 12.11.2002].

zweiten erwartet sie, daß sich die in Rußland tätigen deutschen politischen Stiftungen nicht nur wie bisher auf zivilgesellschaftliche Aufbauarbeit konzentrieren, sondern auch an Ort und Stelle für eine effiziente Nachbereitung sorgen, um den Erfolg des Dialogs zu gewährleisten.<sup>6</sup> Schließlich setzt sie darauf, durch ein immer dichteres Beziehungsgeflecht zwischen den Gesellschaften beider Länder eine stabile Vertrauensgrundlage zu schaffen, die es ermöglicht, auch komplizierte Fragen wie die Rückführung der während des Zweiten Weltkriegs nach Rußland verbrachten Kulturgüter einvernehmlich zu regeln.<sup>7</sup>

Putin und seine Gefolgsleute haben bei den Zielen und Aufgaben des Petersburger Dialogs teilweise etwas andere Akzente gesetzt, die ihn in einen engeren Zusammenhang mit den bilateralen Beziehungen auf der operativen Ebene stellen. Aufgrund der Besonderheit des russischen Systems kommen Gleb Pavlowskij, Berater der Präsidentschaft, zufolge als Teilnehmer des Dialogs nur Repräsentanten einer staatsnahen Öffentlichkeit in Frage und nicht der Zivilgesellschaft, die es in Rußland nicht gebe.<sup>8</sup> Nicht junge Menschen schlechthin, wie dies der deutschen Seite vorschwebt, möchte Putin in das Gesprächsforum einbeziehen, sondern junge Eliten. Gerade in der Zusammenkunft der jungen Eliten mit politischen Entscheidungsträgern beider Länder sieht die russische Seite den »Mehrwert« des Petersburger Dialogs. Dadurch biete sich die Chance, für die Zukunft ein neues Reservoir aktiver Träger der deutsch-russischen Beziehungen zu bilden.<sup>9</sup>

Nach Auffassung Putins sollten die Teilnehmer nicht nur einmal im Jahr aktuelle und strategische Fragen der bilateralen Zusammenarbeit im Kontext gesamteuropäischer Prozesse eingehend erörtern und nach gemeinsamen Lösungen suchen. Die russische Seite fordert zudem, daß unter der Schirmherrschaft und Federführung des Petersburger Dialogs zusätzlich »Runde Tische« eingerichtet werden, um über

Schlüsselthemen der Beziehungen und über gemeinsame Projekte zu beraten, etwa im Bereich von Wissenschaft und Hochtechnologie. Als konkretes, zukunftssträchtiges Vorhaben nennt Putin die Schaffung einer Russischen Akademie in Berlin. Ziel müsse es letztlich sein, den Petersburger Dialog zu einer Ideenbörse zu entwickeln und die Partnerschaft intellektuell zu bereichern.<sup>10</sup> Gleichzeitig könnten auf diesem Wege die gute Nachbarschaft und die Zusammenarbeit beider Staaten für die Bürger transparent gemacht, könnte den bilateralen Beziehungen durch Verflechtung der staatlichen und der gesellschaftlichen Handlungsebene die vielbeschworene neue Qualität verliehen werden.

Ausgehend von diesen unterschiedlichen, aber durchaus kompatiblen Positionen haben beide Partner die Aufgabe in Angriff genommen, den institutionellen Rahmen und die Arbeitsformen des Petersburger Dialoges festzulegen.<sup>11</sup>

## Auf- und Umbau von Struktur und Organisation

Auf der eigens eingerichteten Webseite ([www.petersburger-dialog.de](http://www.petersburger-dialog.de)) wird darauf hingewiesen, daß der Petersburger Dialog nach dem Vorbild der traditionsreichen deutsch-britischen Königswinter Gespräche den Dialog der Zivilgesellschaften fördert. Mit diesem Hinweis haben die Veranstalter, auf deutscher Seite insbesondere Staatssekretär a.D. Peter Boenisch, eine Debatte über die Frage ausgelöst, ob es angesichts so grundverschiedener Partner überhaupt ein deutsch-russisches Königswinter geben könne.<sup>12</sup> Der SPD-Außenpolitiker Hans-Ulrich Klose hat das prinzipiell verneint, weil es sich beim Petersburger Dialog um etwas grundsätzlich Neues handele, das viel Zeit und Geduld erfordere, aber letztlich der Mühe wert sei.<sup>13</sup> Ernst-Jörg von

6 Gerhard Schröder, Grußwort des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Gerhard Schröder, an den Petersburger Dialog in St. Petersburg (8.-10.4.2001), in: *Rossijsko-Germanskij Forum* (Hg.), Peterburgskij Dialog, St. Petersburg 2002, S. 11.

7 Siehe Fn. 5.

8 Jens Siegert, Putin markiert den Wendepunkt. Rußlands Weg zu einer zivileren Gesellschaft, in: *Badische Zeitung*, 4.12.2001.

9 Grußwort des russischen Präsidenten Wladimir Putin an den Petersburger Dialog in Weimar (8.-10.4.2002), in: *Deutsches Russisches Forum* (Hg.), Petersburger Dialog – Weimar 2002, Berlin 2003, S. 14.

10 Grußwort des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, an den Petersburger Dialog in St. Petersburg, in: *Rossijsko-Germanskij Forum* (Hg.), Peterburgskij Dialog, St. Petersburg 2002, S. 5.

11 Die nachfolgenden Ausführungen zum Organisationsmodell des Petersburger Dialogs stützen sich auf mündliche und schriftliche Auskünfte des Leiters des Sekretariats, Martin Hoffmann, und seines Mitarbeiterstabes.

12 Werner Adam, Ein Königswinter in Sankt Petersburg? Schröder und Putin wollen zivilgesellschaftliche Tuchfühlung nach deutsch-britischem Vorbild, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.11.2000.

13 Hans-Ulrich Klose, Stand und Perspektiven der deutsch-

Studnitz, der frühere Deutsche Botschafter in Rußland, hat vor leichtfertigen Optimismus gewarnt. Mit dem Petersburger Dialog habe man sich auf ein Vorhaben eingelassen, bei dem nicht ausgemacht sei, ob am Ende ein Modell Königswinter stehen werde.<sup>14</sup>

Die entflammte Debatte hat die Organisatoren wenig beeindruckt. Dem Motto »aus Erfahrung gut« folgend, wollten sie durch Übernahme von Elementen der institutionellen Steuerung und von Arbeitstechniken der Königswinter-Gespräche den Petersburger Dialog so schnell wie möglich arbeitsfähig machen. Sie stören sich nicht daran, daß das bestehende Organisationsmodell noch lange nicht ausgereift ist. Kritikern halten sie entgegen, so Boenisch, daß das neue Forum keine starre Institution sein solle, sondern ein lebendiger Organismus bleiben müsse, der für Veränderungen offen sei.<sup>15</sup>

### Institutionelle Träger

Im Unterschied zu den Königswinter-Gesprächen, für die ein gemeinsamer deutsch-britischer Lenkungsausschuß und zwei getrennte nationale Lenkungskomitees eingerichtet wurden, besteht für den Petersburger Dialog nur jeweils ein deutscher und ein russischer Lenkungsausschuß. Jeder der beiden Ausschüsse bestimmt in Eigenregie seine interne Organisation, das heißt personelle Zusammensetzung, Grundsätze und Regeln seiner Tätigkeit und seine Finanzierung. Beide Lenkungsausschüsse werden von einem Vorsitzenden geleitet und können aus den eigenen Reihen einen Stellvertretenden Vorsitzenden bestimmen.

An der Spitze des russischen Lenkungsausschusses, der zwölf Mitglieder umfaßt, steht seit November 2001 Michail S. Gorbatschow, der letzte Staatspräsident der UdSSR. Er löste den russischen Innenminister Boris Gryslow in dieser Funktion ab. Neben ihm amtieren als Erster Stellvertretender Vorsitzender

Oleg W. Morosow, Duma-Abgeordneter und Vorsitzender der Fraktion »Regionen Rußlands«, sowie als Stellvertretende Vorsitzende Ljudmila A. Werbizkaja, Rektorin der Staatlichen Universität St. Petersburg. Der russische Lenkungsausschuß, der in St. Petersburg residiert, soll einmal im Monat eine turnusmäßige Sitzung abhalten.

Der deutsche Lenkungsausschuß wird von Staatssekretär a.D. Peter Boenisch geleitet. Ihm gehören zur Zeit weitere zwölf Mitglieder an, die für drei Jahre von der Bundesregierung entweder direkt berufen oder vom Ausschuß kooptiert worden sind. Sie sollen die gewünschten Segmente des gesellschaftlichen Spektrums abdecken. Die Mitglieder des deutschen Lenkungsausschusses haben am 17. Oktober 2001 den eingetragenen Verein Petersburger Dialog gegründet, dem laut Vereinsatzung die Durchführung und Organisation der Veranstaltungen obliegt, die auf deutscher Seite im Rahmen des Petersburger Dialogs stattfinden. Die Aufgaben des deutschen und des russischen Lenkungsausschusses wurden in der gemeinsamen Geschäftsordnung des Petersburger Dialogs festgelegt. Sie umfassen die Vorbereitung und Veranstaltung von Konferenzen, Seminaren und Diskussionen sowie die Organisation anderer Formen des Zusammenwirkens der Dialogpartner zur Erfüllung der Aufgaben und Verwirklichung der Ziele des Petersburger Dialogs. Für die Erledigung der organisatorischen Arbeiten und die Vorbereitung der Sitzungen des Lenkungsausschusses ist auf deutscher Seite beim Deutsch-Russischen Forum zusätzlich ein Sekretariat eingerichtet worden, das mit Geldern des Dialogs finanziert wird.

Über alle Fragen, die im Zusammenhang mit der aktuellen und künftigen Tätigkeit des Petersburger Dialogs aufkommen und der Erhöhung der Effizienz des Zusammenwirkens zwischen dem russischen und dem deutschen Lenkungsausschuß dienen, entscheiden laut Geschäftsordnung die nationalen Lenkungsausschüsse in gemeinsamer Sitzung. Dabei ergehen die Beschlüsse auf der Grundlage beiderseitigen Einvernehmens, wobei die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder die Position des jeweiligen Lenkungsausschusses bestimmt.

russischen Beziehungen, in: Erich G. Fritz (Hg.), *Neue Bewegung in die deutsch-russischen Beziehungen*, Oberhausen 2001, S. 33.

<sup>14</sup> Gisbert Mrozek, *Am Ende von Weimar steht nicht Königswinter – Interview mit Ernst-Jörg von Studnitz, Deutscher Botschafter in Moskau*, vom 7.4.2002, in: <http://www.petersburger-dialog.de>, Rubrik News and Interviews.

<sup>15</sup> Der Petersburger Dialog in Weimar – eine Ergebnisanalyse; siehe dazu: [http://www.matrjoschka-online.de/archiv/russen\\_und\\_deutsche.htm#1.PETERSB.DIALOG](http://www.matrjoschka-online.de/archiv/russen_und_deutsche.htm#1.PETERSB.DIALOG) [download 24.1.2003].

## Arbeitsformen

In der Praxis haben sich vier Grundformen der Tätigkeit des Petersburger Dialogs herauskristallisiert, die auch in der Geschäftsordnung namentlich genannt sind:

**Großer Dialog.** Die zentrale Veranstaltung des Petersburger Dialogs, bestehend aus öffentlichen Plenarsitzungen und nichtöffentlichen Tagungen von Arbeitsgruppen, findet einmal pro Jahr abwechselnd in Rußland und in Deutschland statt. Der Termin ist mit dem Datum der jährlichen bilateralen Regierungskonsultationen abgestimmt. Die nationalen Lenkungsausschüsse legen in gemeinsamer Sitzung das Leitthema und das Programm des Großen Dialogs sowie die Modalitäten seiner Durchführung fest und präzisieren die Themenliste der einzelnen Arbeitsgruppen.

**Arbeitsgruppen.** Für jede Arbeitsgruppe stellen beide Länder jeweils einen Koordinator. Die Arbeitsgruppen, die grundsätzlich nicht öffentlich tagen, können nach Vereinbarung zwischen den beiden nationalen Koordinatoren auch in der Zeit zwischen zwei Großen Dialogen zusammentreten, um entweder über Empfehlungen weiter zu beraten oder um sich für den nächsten Großen Dialog vorzubereiten. Über alle Arbeitsvorhaben und deren Umsetzung sind die nationalen Lenkungsausschüsse zu informieren.

**Spezielle Veranstaltungen.** Mit Unterstützung der nationalen Lenkungsausschüsse können spezielle themenbezogene deutsch-russische Veranstaltungen im Rahmen des Großen Dialogs durchgeführt werden.

**Initiativen.** Unter der Schirmherrschaft des Petersburger Dialogs können gesellschaftliche Initiativen ins Leben gerufen und nach Zustimmung beider nationaler Lenkungsausschüsse mit dem Label »Eine Initiative des Petersburger Dialogs« versehen werden.

Darüber hinaus hat die russische Seite als fünfte Arbeitsform eine Veranstaltung, die am 24. und 25. November 2001 in St. Petersburg stattfand, als »Kleinen Dialog« bezeichnet. Bei diesem Treffen zogen die Lenkungsausschüsse im Beisein von Experten aus beiden Ländern nicht nur eine kritische Bilanz der Arbeit des ersten Großen Dialogs in St. Petersburg (2001), sie gaben auch erste Leitlinien für den zweiten Großen Dialog in Weimar (2002) vor.<sup>16</sup> Ein Jahr später

haben der deutsche und der russische Lenkungsausschuß auf einer gemeinsamen Sitzung am 22. November 2002 in München Verlauf und Ergebnisse der Weimarer Gespräche bewertet und sich auf inhaltliche Vorgaben für den Großen Dialog in St. Petersburg (2003) verständigt. Von einem »Kleinen Dialog« war nicht mehr die Rede.

## Teilnehmerkreis

Am Petersburger Dialog können sich grundsätzlich Vertreter der Öffentlichkeit beider Länder beteiligen, die an der Entwicklung und Festigung der bilateralen Beziehungen interessiert sind. Auf Empfehlung der nationalen Lenkungsausschüsse werden sie von den Koordinatoren der sechs Arbeitsgruppen benannt, wobei jede Seite nicht mehr als zehn offizielle Teilnehmer pro Arbeitsgruppe nominieren darf. Ausgenommen von dieser Quote sind die Mitglieder der nationalen Lenkungsausschüsse. Diese können außerdem in ihr Teilnehmerkontingent bis zu 25 Gäste aus dem Kreis jener Personen aufnehmen, die dem Petersburger Dialog ständige geistige und technische Unterstützung zukommen lassen. Die Gäste dürfen im Rahmen des Großen Dialogs auf eigene Kosten aktiv an den Beratungen im Plenum und in den Arbeitsgruppen sowie am Rahmenprogramm teilnehmen, bleiben aber von der Mitarbeit an den Schlußdokumenten ausgeschlossen. Damit ist bei künftigen Veranstaltungen die für das Weimarer Treffen festgelegte Unterscheidung zwischen inoffiziellen Beobachtern, die den neuen Gästestatus hatten, und besonders geladenen Gästen aufgehoben worden. Insofern überrascht es, daß in der deutschen Teilnehmerliste für den Petersburger Dialog im Jahre 2003 weiterhin an der Unterscheidung zwischen Teilnehmern, Beobachtern und Gästen festgehalten wird.

Ob dieses noch unausgereift wirkende Organisationsmodell geeignet ist, die von den Initiatoren benannten Aufgaben zu erfüllen, soll in einer Bilanz der Praxis des Petersburger Dialoges ermittelt werden.

<sup>16</sup> Kleiner Petersburger Dialog – eine Dokumentation, in: *Rossijsko-Germanskij Forum* (Hg.), *Peterburgskij Dialog*, St. Petersburg 2002, S. 69–95.

## Praxis: Petersburger Dialog 2001–2003

Daß der Petersburger Dialog bislang nur etwas mehr als zwei Jahre gearbeitet hat, muß bei seiner Bewertung in Rechnung gestellt werden. Er befindet sich in jeder Hinsicht noch in einer Erprobungsphase, in der sich das Augenmerk naturgemäß hauptsächlich auf die Schwachstellen richtet und die erkennbaren Stärken eher beiläufig registriert werden. Hinweise auf vorhandene Defizite sollten mit Empfehlungen verbunden werden, wie sie konkret überwunden oder zumindest deutlich reduziert werden können.<sup>17</sup>

### St. Petersburg und Weimar – Organisationsmodell auf dem Prüfstand

Das Eröffnungs- und Gründungstreffen vom 8. bis 10. April 2001 in St. Petersburg konnte nicht mehr als eine erste Tuchföhlung der neuen Gesprächspartner ermöglichen. Das lag in erster Linie an der viel zu kurzen Vorbereitungszeit von wenigen Monaten. Die Auftaktveranstaltung hat aber bereits Schwachstellen des Organisationsmodells hervortreten lassen, die beim zweiten Treffen des Petersburger Dialogs in Weimar (8.–10.4.2002) trotz marginaler Verbesserungen weiterhin sichtbar blieben und höchstwahrscheinlich auch die dritte Veranstaltung in St. Petersburg (10.–12.4.2003) kennzeichnen werden. Stichworte sind: Leitthema, Teilnehmerkreis, Arbeitsgruppen, Aufgaben zwischen zwei Großen Dialogen, Einbindung der Initiatoren Putin und Schröder, Öffentlichkeitswirksamkeit des Dialogs sowie Verhältnis zu anderen deutsch-russischen Gesprächsinitiativen.

#### Leitthema

Die für St. Petersburg und Weimar festgelegten Leitthemen – »Deutschland und Rußland an der Schwelle des 21. Jahrhunderts« (2001) sowie »Deutschland und Rußland in einer sich neu ordnenden Welt« (2002) –

erwiesen sich als zu groß dimensioniert. Sie waren für die Arbeitsgruppen, mit Ausnahme der Arbeitsgruppe 1 »Krisenprävention und vorausschauende Friedenspolitik« in Weimar, nicht hinreichend ausdifferenziert worden und daher weder in den Diskussionen noch in den jeweiligen Abschlußdokumenten als roter Leitfaden zu erkennen. In der Definition der Leitthemen sollten künftig die Schlüsselfragen der bilateralen Beziehungen stärker zur Geltung kommen, weil sich auf sie das vorrangige Interesse der Teilnehmer konzentriert. Dadurch ließe sich eine Übereinstimmung des Leitthemas mit den im Plenum und in den Arbeitsgruppen diskutierten Themen sowie mit den Empfehlungen im Abschlußdokument besser gewährleisten.

#### Teilnehmerkreis

Angesichts der internen Auswahlkriterien, wonach die Teilnehmer prominente Vertreter des öffentlichen Lebens mit Multiplikatorfunktion und Vertreter der jungen Eliten sein sollen, überraschte es nicht, daß die russische Seite zu den beiden ersten Treffen staatsnahe und krenltreue Repräsentanten verschiedener gesellschaftlicher Sparten entsandte. Gruppen, die nicht fest zu Putin stehen, waren in Weimar einzig durch das Mitglied der Menschenrechtsgruppe Memorial, Irina Scherbakowa, und den Chefredakteur des Radiosenders »Echo Moskwy«, Aleksej Wenediktow, repräsentiert. Andere NGO-Vertreter wie der Vorsitzende der Verbraucherschutzorganisationen, Aleksander Ausan, standen entweder nur zeitweilig auf Entwürfen der Teilnehmerliste oder wurden wie Walentina Melnikowa, die Sprecherin der »Soldatenmütter Rußlands«, von vornherein abgelehnt.<sup>18</sup> Zur Begründung hieß es, daß man auf Expertenebene die Probleme der Zivilgesellschaft und nicht die Probleme einzelner russischer NGOs erörtern wolle.

<sup>17</sup> Christian Meier, Von Sankt Petersburg nach Weimar – Vor dem zweiten deutsch-russischen Dialog der Zivilgesellschaften, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2002 (SWP-Aktuell 7/02).

<sup>18</sup> Barbara Kerneck, Osteuropa in der Klassikerstadt. Der zweite Petersburger Dialog erörtert zivilgesellschaftliche Fragen. Unbequeme Themen wie der Tschetschenienkrieg werden den Gästen erspart, in: die tageszeitung, 11.4.2002, S. 6.

Die Auswahl der deutschen Teilnehmer sorgte zumindest beim ersten Dialog für erhebliche Irritationen. So erhielt der Leiter des deutschen Goethe-Instituts in St. Petersburg, Winfried Eckstein, keine Einladung und empfand dies als Herabsetzung seiner Einrichtung vor allem durch das politische Establishment der Neua-Stadt. Daß Eckstein nicht eingeladen wurde, war vermutlich darauf zurückzuführen, daß der deutsche Lenkungsausschuß die Aufstellung der Teilnehmerliste weitgehend den Koordinatoren der Arbeitsgruppen überlassen hatte, die nur solche hochrangigen Persönlichkeiten einluden, die sie für die jeweiligen Themen als kompetent erachteten.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist künftig dreierlei zu beachten: Es sollte erstens kein Erbrecht auf Teilnahme geben. Zu einer Gruppe zeitweilig fester Teilnehmer, die Arbeitskontinuität und Organisationskompetenz gewährleisten, sollten nach dem Rotationsprinzip fortlaufend neue Teilnehmer aus einem Interessentenpool hinzutreten. Damit der Petersburger Dialog nicht zu einem »Altersheim für Staatsmänner a.D.« (Gorbatschow) verkommt,<sup>19</sup> sollte zweitens der Empfehlung gefolgt werden, ein Drittel des Teilnehmerkontingents mit jungen Nachwuchskräften zu besetzen. Dabei wäre auch dafür Sorge zu tragen, daß der Dialog quantitativ nicht von Männern dominiert wird. Schließlich sollte drittens geprüft werden, ob es nicht im beiderseitigen Interesse liegt, wenn beide Lenkungsausschüsse eine kleine Gruppe ungebundener Fachleute gemeinsam nominieren.

## Arbeitsgruppen

Grundsätzlich bewährt hat sich die Regelung, den Petersburger Dialog in Form von öffentlichen Sitzungen im Plenum und nichtöffentlichen Treffen in den Arbeitsgruppen durchzuführen. Aus den Erfahrungen, die man in St. Petersburg mit dieser Zweigleisigkeit gemacht hat, wurden für Weimar Konsequenzen gezogen. Die Zahl der Arbeitsgruppen wurde von fünf auf sechs erhöht. Maßgeblich dafür war neben den Ereignissen vom 11. September 2001 auch die Einsicht, daß die Verbindung von Politik und Zivilgesellschaft als thematischer Rahmen für die Arbeits-

gruppe 1 unglücklich war, weil die Politik im Vordergrund stand und sie zudem noch insbesondere von den russischen Teilnehmern auf Fragen der internationalen Sicherheit eingeeengt wurde. Deshalb war es richtig, eine neue Arbeitsgruppe Politik einzurichten, die sich mit dem Thema Krisenprävention und vorausschauende Friedenspolitik befassen sollte. Dadurch wurde es möglich, Aspekte der Zivilgesellschaft in einer eigenständigen Arbeitsgruppe zu beraten.

Ungeachtet dessen ist die Struktur der Arbeitsgruppen weiter verbesserungsbedürftig. In der Arbeitsgruppe 4 »Jugendaustausch, Ausbildung und Wissenschaft« beispielsweise hat sich die Verbindung von Jugendaustausch und Wissenschaft nur bedingt als praktikabel erwiesen. Wegen der zunehmenden Bedeutung der Wissenschaft für die bilaterale Zusammenarbeit sollte diesem Themenfeld eine eigene Arbeitsgruppe vorbehalten werden. Die Themen Jugendaustausch und Ausbildung könnten inhaltlich sehr gut miteinander verzahnt werden. Nicht ratsam wäre es jedoch, in einem weiteren Schritt eine besondere Arbeitsgruppe Jugend einzurichten, weil dies der angestrebten Kommunikation zwischen erfahrenen, prominenten Vertretern der Öffentlichkeit und jungen, aufstrebenden Nachwuchskräften zuwiderlaufen würde.

Um die Effizienz des Dialogs zu steigern, bedarf es außerdem einer verbindlicheren Vorbereitung der Tätigkeit der Arbeitsgruppen. Dazu hat Gernot Erler bereits im November 2001 einen wichtigen Vorschlag unterbreitet, der nach den Beobachtungen des Verfassers bedauerlicherweise in Weimar allenfalls partiell aufgegriffen wurde und daher nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat. Er lautet: »Jede Arbeitsgruppe sollte sich auf ein Zentralthema verständigen – andere können eventuell angefügt werden –, und die Verbindlichkeit sollte auch dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß vorher jeweils beide Seiten entsprechende Papiere vorlegen; von den vorgesehenen Referenten möglichst so, daß auch die anderen Panel-Teilnehmer sich auf die Diskussion vorbereiten können, und natürlich möglichst so, daß auch konkrete Ergebnisse, konkrete Vorschläge aus dieser Arbeit hervorgehen.«<sup>20</sup> Außerdem sollte geprüft werden, ob es nicht sinnvoll wäre, innerhalb der bestehenden Arbeitsgruppen gegebenenfalls zusätzliche Ad-hoc-Untergruppen zu Einzelaspekten des jeweili-

<sup>19</sup> Berliner Pressekonferenz von M.S. Gorbatschow und P. Boenisch, den Vorsitzenden des russischen und des deutschen Lenkungsausschusses, zum Petersburger Dialog am 6.4.2002, in: [http://www.matrjoschka-online.de/archiv/russen\\_und\\_deutsche.htm#1.PETERSB.DIALOG](http://www.matrjoschka-online.de/archiv/russen_und_deutsche.htm#1.PETERSB.DIALOG) [download 24.1.2003].

<sup>20</sup> Gernot Erler, Schlußwort auf dem »Kleinen Petersburger Dialog«, in: *Rossijsko-Germanskij Forum* (Hg.), *Peterburgskij Dialog*, St. Petersburg 2002, S. 87.

gen Beratungsthemas einzusetzen. Bei einem »weiter wie bisher« ist zu befürchten, daß der Austausch in den Arbeitsgruppen über das Stadium von mehr oder weniger gefälligen Brainstormings nicht hinausgelangt.

### Aufgaben zwischen zwei Großen Dialogen

Nach Abschluß eines Großen Dialogs werden dessen Verlauf und Ergebnisse von den beiden nationalen Lenkungsausschüssen in getrennten Sitzungen analysiert. Im Frühherbst beginnt jede Seite schrittweise nach dem dafür festgelegten Verfahren mit den Vorbereitungen für das nächste Großtreffen. Die russische Seite hat ihre deutschen Partner nach der Eröffnungsveranstaltung zu einem »Kleinen Petersburger Dialog« am 24. und 25. November 2001 nach St. Petersburg eingeladen. Das herausragende Ereignis war die Berufung von Michail S. Gorbatschow zum neuen Leiter des russischen Lenkungsausschusses, der in dieser Funktion Innenminister Gryslow ablöste. Gleichzeitig wurde die Gelegenheit zu einer Bestandsaufnahme der bisherigen Arbeit genutzt und gemeinsam überlegt, wie der Dialog noch effektiver gestaltet werden könnte. Die wichtigsten Redebeiträge wurden anschließend veröffentlicht. Ein Jahr später hat die deutsche Seite bedauerlicherweise nichts über die gemeinsame Sitzung des deutschen und russischen Lenkungsausschusses am 22. November 2002 in München verlauten lassen, obwohl sie den gleichen thematischen Schwerpunkt hatte.

Um eine Verstärkung des Dialogs zu gewährleisten, ist nach Auffassung befragter Mitglieder des deutschen Lenkungsausschusses dreierlei notwendig: Es müssen die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht, die Adressaten der Empfehlungen gezielt angesprochen sowie für Anregungen und Impulse, die aus dem Dialog hervorgehen, die geeigneten Multiplikatoren und Träger gefunden werden. Dazu sollten besondere Veranstaltungen mit dem Label »Auf Initiative des Petersburger Dialogs« abgehalten werden, etwa Runde Tische, Kleine Dialoge und Sonderkonferenzen. Mitglieder der nationalen Lenkungsausschüsse, Vertreter anderer Organisationen und politischer Stiftungen aus dem politisch-gesellschaftlichen Umfeld sollten einbezogen werden.

Sinnvoll wäre es, die sechs Arbeitsgruppen und insbesondere deren jeweilige deutsche und russische Koordinatoren mit diesen Aufgaben zu betrauen. Dazu

müßte das gesamte Funktionsprofil der Koordinatoren neu bestimmt werden. Für die Zeit ihrer Tätigkeit sollten sie voll in den Lenkungsausschuß integriert werden.

### Öffentlichkeitswirksamkeit

Die gezielte Nachbereitung der jährlichen Großveranstaltungen ist eine entscheidende Voraussetzung für eine breitere Öffentlichkeitswirksamkeit des Petersburger Dialogs. Um sie weiter zu verbessern, ist eine Reihe weiterer Maßnahmen erforderlich. Anders als bei der Eröffnungsveranstaltung in St. Petersburg, die weitgehend unter Ausschluß der russischen Öffentlichkeit stattfand, hatten die deutschen Organisatoren den Dialog in Weimar mit einer Reihe offener Veranstaltungen – Podiumsdiskussion, Ausstellungen deutscher und russischer NGOs, Konzerte – flankiert, die von der lokalen Öffentlichkeit und den Medien positiv aufgenommen wurden.

Zukunftsweisend ist der russische Vorschlag, den Petersburger Dialog für das Internet zu öffnen,<sup>21</sup> um den Bürgern beider Länder die Chance zu geben, sich mit neuen Ideen direkt am Dialog zu beteiligen. Allerdings ist die Resonanz bislang sehr schwach. Das kann insofern nicht verwundern, als die Ergebnisse eines Großen Dialogs erst mit großer zeitlicher Verspätung in das Internet eingestellt werden und in der Periode zwischen zwei Großen Dialogen wegen Inaktivität des Forums kaum Nennenswertes zu berichten ist. Der Versuch, mit kurzen Agenturmeldungen über besondere deutsch-russische Ereignisse das fehlende Informationsangebot des Petersburger Dialogs zu überbrücken, ist völlig unzureichend. Dabei ist das Informationsangebot der russischen Internetseite wesentlich umfangreicher als das der deutschen Seite.

Für die Zukunft müssen nicht nur die aufgezeigten Defizite überwunden werden, es sind auch mehr finanzielle und konzeptionelle Inputs erforderlich, um das Internet für die Zwecke des Petersburger Dialogs wirkungsvoll zu nutzen. Mehr Gewicht sollte schließlich auf eine gezielte Pressearbeit gelegt werden, die mit Ausnahme der Großveranstaltungen nicht zu erkennen ist.

<sup>21</sup> Vgl. die deutsche ([www.petersburger-dialog.de](http://www.petersburger-dialog.de)) und die russische Webseite ([www.petersburger-dialog.ru](http://www.petersburger-dialog.ru)).

### **Einbindung der beiden Hauptinitiatoren in den Dialog**

In seiner gegenwärtigen Situation ist es für den Petersburger Dialog wichtig, daß er nicht nur parallel zu den auf höchster Ebene abgehaltenen Regierungskonsultationen stattfindet. Von Bedeutung ist auch die zeitweilige Anwesenheit seiner beiden Hauptinitiatoren, Putin und Schröder, da sie ihm auf diese Weise zu entsprechender Medienwirkung verhelfen. Nicht minder wichtig ist die Wirkung nach innen, für den Dialog selbst. Ein Auftritt der politischen Führungsspitzen schon nach den beiden ersten Dialogrunden hat sich nicht als sinnvoll erwiesen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß anschließend das Diskussionsinteresse merklich abflaute und sich die Teilnehmer mehr um persönliche Kontaktpflege und Kontaktanbahnung bemühten. Das war zweifellos ein wünschenswerter Begleiteffekt des Dialogs, hat jedoch dem weiteren Ablauf der Veranstaltung nicht gut getan, zumal Putin und Schröder jedesmal nur Zwischenberichte der Arbeitsgruppen in ihren anschließenden Konsultationen berücksichtigen konnten. Deshalb sollte in Erwägung gezogen werden, den Großen Dialog mit dem Auftritt der Hauptinitiatoren offiziell zu beenden und ihnen bei dieser Gelegenheit ein Papier mit den Empfehlungen der Arbeitsgruppen für die daran anzuschließenden Regierungskonsultationen auszuhändigen.

### **Petersburger Dialog und andere deutsch-russische Gesprächsinitiativen**

In seinem Grußwort an den ersten Petersburger Dialog (2001) in der Nawa-Stadt hat Bundeskanzler Schröder darauf hingewiesen, daß viele Initiativen zu deutsch-russischen Gesprächen bereits seit Jahren – richtigerweise seit Jahrzehnten (Verfasser) – erfolgreich arbeiten. Das gilt zum Beispiel für die Bergeborfer Gespräche (seit 1961) unter Obhut der Körber-Stiftung, das Deutsch-Russische Forum (seit 1993) und die Potsdamer Begegnungen (seit 1998). Welchen Platz hat der Petersburger Dialog im Gefüge dieser institutionalisierten Gesprächsinitiativen?

Anlässlich der 4. Potsdamer Begegnungen am 3. September 2002 in Moskau hat Bundespräsident Rau den Petersburger Dialog bereits auf eine Stufe mit den oben genannten Gesprächsforen gestellt: »Was der Petersburger Dialog für den Austausch der Zivilgesellschaften ist, das sind die Potsdamer Begegnungen für

die reiche und vielfältige Welt der Kultur.«<sup>22</sup> So weit ist der Bundeskanzler noch nicht gegangen. Nach seiner Auffassung wird auch der Petersburger Dialog einen festen Platz in den deutsch-russischen Beziehungen einnehmen, und zwar um so mehr, je lebhafter das Gespräch und je größer die Ausstrahlung in die Gesellschaft der beiden Länder sein werden. Im Unterschied zu den aufgeführten Foren verfügt der Petersburger Dialog dadurch über eine institutionalisierte Verbindung zur Politik, daß der Bundeskanzler und der russische Präsident als gemeinsame Schirmherren fungieren. Dieser Vorteil, der noch durch die jüngst erfolgte Einsetzung eines Koordinators für die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit Rußland verstärkt wird, ist für die Konzipierung und Implementierung von zivilgesellschaftlichen Projekten gar nicht hoch genug zu veranschlagen und müßte eigentlich viel stärker genutzt werden, als dies bislang der Fall ist.

Mittelfristig könnte noch ein zweiter Vorzug des Petersburger Dialogs zur Geltung kommen, wenn es gelänge, die Vertreter junger Eliten aus beiden Ländern, die vereinzelt bereits in verschiedenen deutsch-russischen Gesprächsinitiativen arbeiten, in diesem neuen Forum zusammenzuführen. Dadurch könnte ein Reservoir an leistungsfähigen Trägern der künftigen bilateralen Beziehungen gebildet werden. Die maßgeblichen Repräsentanten der wichtigsten bilateralen Gesprächsforen sind entweder im deutschen Lenkungsausschuß tätig oder wirken aktiv in den Arbeitsgruppen des Petersburger Dialogs mit. Sie sollten gemeinsam darüber beraten, wie eine sinnvolle Aufgabenteilung und ein koordiniertes Zusammenwirken der vorhandenen Einrichtungen organisiert werden kann, um Doppelarbeit zu vermeiden und einen effizienten Ressourceneinsatz zu gewährleisten.

### **Zwischen wünschbaren und realisierbaren Projekten**

Weil dem Petersburger Dialog bei seiner Installation eine funktionierende Arbeitsebene fehlte, konnte am Ende der Eröffnungsveranstaltung kein konzises Arbeitsprogramm vorgelegt werden. Verabschiedet wurde statt dessen ein umfangreiches Schlußdokument.

<sup>22</sup> Ansprache von Bundespräsident Johannes Rau anlässlich der 4. Potsdamer Begegnungen in Moskau am 3.9.2002, in: <http://www.deutschebotschaft-moskau.ru/de/index.html>.



ment mit Arbeitsempfehlungen, die im Zeitraum 2001–2005 umgesetzt werden sollen.<sup>23</sup> Neben seit langem bekannten alten enthält das Dokument auch neue Ideen, die ohne jede Konkretisierung meist nur stichwortartig und nach der Rangfolge ihrer Wertigkeit aufgelistet worden sind. Zu den besonders ambitionierten Projektvorschlägen zählen die Bildung einer virtuellen Universität bzw. einer Filiale der St. Petersburger Universität in Berlin, die Gründung einer Russischen Akademie in Berlin, die Schaffung eines Zentrums für Deutschland-Studien in Rußland, die Eröffnung eines Deutschen Historischen Instituts in Moskau oder St. Petersburg und schließlich die Einrichtung eines deutsch-russischen TV-Kanals nach dem Muster von ARTE. Von wem und wie die dafür notwendigen Finanzmittel beschafft werden sollen, war weder im Abschlusdokument noch von den Ideengebern zu erfahren.

Zu Recht hat man daher in Weimar darauf verzichtet, einen zweiten Katalog mit Wunschprojekten zu erstellen. Nur die Arbeitsgruppe Jugendaustausch, Ausbildung und Wissenschaft ist an den Bundeskanzler mit der Anregung herangetreten, einen Teil des Geldes, das Deutschland aufgrund der deutsch-russischen Vereinbarung über die Begleichung der sowjetischen Transferrubel-Schulden bezieht, für Projekte im Rahmen des institutionalisierten Jugendaustausches zur Verfügung zu stellen. Die übrigen Arbeitsgruppen beschränkten sich auf die Vorlage von Sitzungsberichten. Sie skizzieren den aktuellen Kooperationsstand, benennen Problem- und Aufgabenfelder für aktuelle und künftige Diskussionen und geben Anregungen für realisierbare Vorhaben im nichtstaatlichen Bereich.<sup>24</sup>

Die Partner stehen nunmehr vor der Wahl: Sie können den Dialog über Themen aus den Schlüsselbereichen der deutsch-russischen Beziehungen weiterführen und offenlassen, ob sich daraus auf dem einen oder anderen Gebiet konkrete Projekte ergeben. Sie können ihn aber auch von vornherein darauf ausrichten, daß am Ende Vorhaben auf nichtstaatlicher Ebene beschlossen, konzipiert und implementiert werden. In Weimar hat die russische Seite sehr stark auf zivilgesellschaftliche Projekte gedrängt, vorzugsweise mit den Schwerpunkten Jugendaustausch bzw. Jugendwerk, Kontakte zwischen jungen Eliten, Aus-

bildung (insbesondere Sprache), Kultur (insbesondere Kulturtag 2003/2004) sowie Städtepartnerschaften. All diese Schwerpunkte bieten gute Ansatzmöglichkeiten für konkrete, umsetzbare Vorhaben. Die deutsche Haltung läuft eher auf ein Sowohl-Als-auch hinaus, weil die finanziellen und personellen Ressourcen für eine entschiedene Projektorientierung des Dialogs außerordentlich begrenzt sind.

### **St. Petersburg 2003 – Mehr als ein »weiter wie bisher«?**

Nach dem bisherigen Stand der Vorbereitungen wird es beim Dritten Großen Dialog in St. Petersburg (2003) eine Reihe von Veränderungen geben. Das Leitthema »Rußland und Deutschland in Europa« ist für die Sitzungen der Arbeitsgruppen ausdifferenziert worden, wie ein Blick auf die Themenliste von fünf der sechs Arbeitsgruppen zeigt.

**AG 1** Neue Herausforderungen im System der internationalen Sicherheit

**AG 2** Die Rolle der Zivilgesellschaft in der Entwicklung eines modernen Staatswesens

**AG 3** Corporate Governance und Interessenvertretung der Wirtschaft

**AG 5** Kultur und deutsch-russische Kulturtag (2003/2004)

**AG 6** Rolle der Medien in den neuen Beziehungen zwischen Deutschen und Russen.

Beim anstehenden Dialog ist auch damit zu rechnen, daß die Abschlußberichte projektorientierte Empfehlungen geben werden. Das gilt sogar für die AG 4, deren inhaltliche Breite sich zwar weiterhin in ihrer Bezeichnung »Jugendaustausch, Ausbildung und Wissenschaft« widerspiegelt, die sich aber nach eingehender Vorarbeit mit dem Projekt eines Kooperationsrates im Bereich Jugendausbildung befassen wird. Die deutsche Seite will in dieser Arbeitsgruppe dem Bereich Wissenschaft durch Einsetzung eines zweiten Koordinators stärkeres Eigengewicht geben.

Die AG 1 hat das ihr gestellte Thema auf einer Sondersitzung am 18. und 19. Februar 2003 in Berlin vorstrukturiert, um in St. Petersburg noch ergebnisorientierter beraten zu können. Die Teilnehmer wollen vorrangig drei thematische Schwerpunkte diskutieren: die Beiträge Deutschlands und Rußlands zu einer Nach-Krisen-Ordnung im Mittleren und Nahen Osten; die globale Bedeutung regionaler Konflikte sowie die neue Agenda in den deutsch-russischen Beziehungen. Zur Einführung in diese Themen sollen

<sup>23</sup> »Rußland und Deutschland an der Schwelle des 21. Jahrhunderts – Ein Blick in die Zukunft«, Schlusdokument, 10.4.2001. Wortlaut im Anhang, S. 35ff.

<sup>24</sup> Der vollständige Text der Berichte der sechs Arbeitsgruppen findet sich im Anhang zu dieser Studie, S. 27ff.

von russischer und deutscher Seite jeweils kurze Thesepapiere vorbereitet werden.

Anders als bei der Eröffnung 2001 soll im April in St. Petersburg auch die russische Öffentlichkeit auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht werden. Geplant ist ein Streitgespräch über ein historisches Thema zwischen einem deutschen und einem russischen Schriftsteller, möglicherweise Günter Grass und Daniil Granin. Auch Vertreter der jüngeren Literaturszene beider Länder sollen eingeladen werden. In Betracht gezogen werden außerdem eine Alumnibörse sowie, wenn der russische Gastgeber dies zulässt, eine Informationsbörse russischer und deutscher NGOs.

Bedauerlich ist, daß Putin und Schröder nach dem vorläufigen Programmwurf dem Forum schon in der ersten Hälfte der Beratungen ihre Aufwartung machen werden. Bleibt es dabei, muß dafür Sorge getragen werden, daß im Anschluß an den Auftritt der Regierungschefs eine konzentrierte Fortsetzung der Arbeiten des Forums mit unverminderter Teilnehmerpräsenz gewährleistet ist. Eine entsprechende Forderung hatte Gernot Erler, Mitglied des deutschen Lenkungsausschusses, bereits in Weimar an die Vorsitzenden der beiden nationalen Lenkungsausschüsse, Boenisch und Gorbatschow, gerichtet. Erler wird in St. Petersburg erstmals in seiner neuen Funktion als Koordinator für die zivilgesellschaftliche deutsch-russische Zusammenarbeit auftreten und damit ein wirkungsvolles Zeichen für die nachhaltige Unterstützung der Arbeit des Petersburger Dialogs durch die Bundesregierung setzen.<sup>25</sup>

<sup>25</sup> Neue Pressemitteilungen des Auswärtigen Amtes vom 6.2.2003, [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/newsletter/index\\_html](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/newsletter/index_html).

## Wirkungen: Petersburger Dialog und russische Zivilgesellschaft

Beim ersten Dialog in St. Petersburg haben die deutschen Teilnehmer ihre Gastgeber zu Recht mit der Frage konfrontiert, warum Vertreter der russischen Zivilgesellschaft von den Diskussionen in den gemeinsamen Arbeitsgruppen ausgeschlossen waren.<sup>26</sup> Eine ehrliche Antwort auf diese Frage, so Arsenij B. Roginski, Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft Memorial, hätte für die russische Seite das Eingeständnis bedeutet, daß eine Präsenz der Zivilgesellschaft in St. Petersburg nicht in ihrem Sinne sei. Der Grund liegt auf der Hand. Vor dem historischen Hintergrund der Dichotomie und des Antagonismus zwischen der staatlichen Macht und der Gesellschaft in der Sowjetunion wird Zivilgesellschaft auch in der Russischen Föderation überwiegend negativ als nicht-staatliche Struktur definiert. Die Zivilgesellschaft bildet eine kritische Gegen-Öffentlichkeit, deren Anliegen in der Schaffung nichtstaatlicher Organisationen (NGOs) ihren Ausdruck finden. Die russischen NGOs wirken nach eigenem Selbstverständnis gleichermaßen als öffentliche Kontrolleure der Regierung und als Schutzschicht zwischen der Bevölkerung und den Machthabern.<sup>27</sup>

Nach Angaben von Jurij Dzibladze, dem Leiter des Moskauer Zentrums zur Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten, beläuft sich die Zahl der NGOs in Rußland gegenwärtig auf rund 300 000, von denen etwa 80 000 bis 85 000 aktiv sind. An den von ihnen initiierten Aktionen haben bislang bis zu zwei Millionen Personen teilgenommen, die nicht alle NGO-Mitglieder sind. Von großer gesellschaftlicher Bedeutung sind insbesondere diejenigen NGOs, die sich vor allem sozialen Aufgaben widmen. Wie alle nichtstaatlichen Organisationen erbringen sie damit für die Gesellschaft praktische, oft einzigartige Leistungen, die der Staat nicht erbringen kann oder will und die insofern vielfach die erheblichen Defizite staatlicher Politik ausgleichen. Nach aktuellen Schätzungen profitieren

rund 20 Millionen Menschen in Rußland unmittelbar oder mittelbar von dieser Art Tätigkeit der NGOs.<sup>28</sup>

Nicht zuletzt deshalb hat Putin schon Ende 1999 in seinem programmatischen Artikel »Rußland an der Schwelle des Jahrtausends« als notwendigen Schritt in Richtung starker Staat die »Schaffung von Bedingungen« gefordert, »welche die Konsolidierung einer Zivilgesellschaft im Land fördern«. Dabei bekannte er sich ausdrücklich zum »Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen zwischen der Exekutivgewalt und der zivilen Gesellschaft. Dahinter stand der Gedanke, die politische Machtvertikale künftig durch eine neue, politisch konforme gesellschaftliche Machtvertikale wirkungsvoll abzustützen.

Weil diese Aufgabe noch ungelöst ist, verwunderte es nicht, daß Gleb Pawlowskij, Berater der Präsidentschaft, die von deutscher Seite gestellte Frage, warum keine Vertreter russischer NGOs am zivilgesellschaftlichen Dialog in St. Petersburg teilgenommen hätten, kurz und knapp mit der Feststellung beantwortete: In Rußland gebe es keine Zivilgesellschaft. Unmittelbar nach dem Petersburger Dialog setzten dann auf Weisung des Präsidenten die Bemühungen ein, die Zivilgesellschaft von oben zu konstruieren, obwohl sie nachweislich bereits in vielfältigen Ansätzen existiert.

### Zum ersten Allrussischen Bürgerforum

Zu diesem Zweck führten Pawlowskij und seine Gefolgsleute in rascher Abfolge zahlreiche Gespräche mit NGOs unterschiedlichster Provenienz. Ergebnis war ein Treffen Putins mit 20 handverlesenen »Vertretern der Zivilgesellschaft« am 12. Juni 2001, die alleamt aus politisch konformen Gruppierungen stammten, wie der internationalen Sportakademie oder der Jugendorganisation »Gemeinsam Schreitende«.

Bei dieser Gelegenheit wurde erstmals das Projekt eines Zivilen Forums propagiert und in diesem Zusam-

<sup>26</sup> Elke Fein, Zivilgesellschaftlicher Paradigmenwechsel oder PR-Aktion? Zum ersten allrussischen Bürgerforum im Kreml, in: Osteuropa-Spezial, April 2002, S. 19–23.

<sup>27</sup> Anita Bister, Handlungsspielräume der zivilen Gesellschaft in Rußland, in: Gerhard Mangott (Hg.), Zur Demokratisierung Rußlands, Bd. 2: Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft, Baden-Baden 2002, S. 120.

<sup>28</sup> Jurij Dzibladze, Rußlands schwieriger Weg zur Zivilgesellschaft, Vortrag am 29. Oktober 2002 im Haus der Demokratie und Menschenrechte Berlin; persönliche Aufzeichnungen des Verfassers.

menhang eine Grundsatzrede Putins zur Zivilgesellschaft angekündigt. Auf der eigens für das Forum eingerichteten Webseite wurden NGOs zur Zusammenarbeit aufgefordert. Ihnen wurde die Schaffung eines günstigen Klimas für einen »konstruktiven Dialog« sowie die Errichtung »ziviler Kammern als reale Instrumente der zivilgesellschaftlichen Einflußnahme auf den Staat« in Aussicht gestellt. Die Leitung des entsprechenden Organisationskomitees übernahm der kremlnahe Politologe Sergej Markow.

Das unverhohlene Interesse der Präsidentialadministration an der Einbeziehung der »Narodnaja Assambleja« (Volksversammlung)<sup>29</sup> führte dazu, daß das Projekt eines Zivilen Forums im Einklang mit den Forderungen der NGOs organisatorisch und inhaltlich umgestaltet wurde. Im September 2001 wurde das Organisationskomitee neu zusammengesetzt und zugeschnitten. Seither besteht es zu je einem Drittel aus Vertretern der NGOs, der Präsidentialadministration und der Regierung sowie der ursprünglichen Initiatoren. Anstelle eines zivilen Forums zur Demonstration der politischen Einheit von Staat und Zivilgesellschaft hatte man jetzt nur noch ein gemeinsames, gesellschaftlich breit gefächertes Bürgerforum ins Auge gefaßt. Statt zweier Plenarsitzungen, in denen eine zivile Kammer als ständiges Vertretungsorgan der Zivilgesellschaft gewählt werden sollte, sollten jetzt Arbeitskreise zu 21 teilweise hochbrisanten Themenkomplexen tagen, wie zum Beispiel Armee- und Justizreform, Ökologie, Pressefreiheit und Tschetschenien. Zu konkreten Sachthemen wollte man in Runden Tischen NGO-Vertreter mit Repräsentanten der Präsidentialadministration, der Regierung und zentraler Behörden zusammenführen.

Die Entscheidung darüber, welche der NGOs an dem Bürgerforum teilnehmen durften, traf das Organisationskomitee in Moskau, das sich dabei weitgehend auf Empfehlungen regionaler Organisationskomitees stützte. Diese hatten sich anhand von Fragebögen zuvor einen Überblick über das Spektrum der NGOs zu schaffen versucht.

Das erste russische Bürgerforum wurde nach diesen Vorgaben am 21. und 22. November 2001 im Großen

<sup>29</sup> Die Narodnaja Assambleja ist ein Zusammenschluß einer Reihe großer Netzwerk-NGOs, darunter Memorial, Sozialökologische Union (SoES), Konföderation der Verbraucherschutzgesellschaften (KonfOP), Moskauer Helsinki-Gruppe, Stiftung zum Schutz von Glasnost, Zentrum zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten, Journalistenunion, Für Rußlands Gesundheit. In der Vorbereitungsphase des Bürgerforums sind weitere NGOs hinzugestoßen.

Sitzungssaal des Kreml mit 3000 NGO-Delegierten sowie 1500 Gästen und Medienvertretern abgehalten. Bewertung und Bedeutung dieses Forums lassen sich kurz in vier Punkten zusammenfassen:<sup>30</sup>

*Erstens:* Dank ihres geschlossenen Auftretens konnten die NGOs das Konzept der Präsidentialadministration durchkreuzen, die politische Machtvertikale durch eine neue, politisch konforme gesellschaftliche Machtvertikale wirkungsvoll abzustützen. Die russische Zivilgesellschaft hat ihre Eigenständigkeit behauptet und die politische Anerkennung durch die Staatsmacht erzwungen.

*Zweitens:* Putin hat den NGOs mit seinem Bekenntnis zur Zivilgesellschaft und zu ihren Leistungen zwar ein politisches Pfand in die Hand gegeben, mit dem sie in den konfliktreichen Beziehungen mit der Exekutive wuchern können. Doch dürfte das Verhalten der russischen Führung gegenüber den NGOs nach den bisherigen Erfahrungen auch weiterhin wenig berechenbar sein.

*Drittens:* Die Kosten für das erste Bürgerforum in Höhe von 1,5 Millionen US-Dollar wurden vollständig aus Zuwendungen russischer Geldgeber gedeckt: Alfa-Bank, Interros, Sberbank, das Metallurgie-Unternehmen Nowolipetzk und die Media Union. Daher ist nicht auszuschließen, daß für maßgebliche NGOs, die bislang überwiegend mit ausländischem Geld finanziert werden, in Zukunft mehr inländische Finanzquellen zur Verfügung stehen.

*Viertens:* Ob das Bürgerforum Zeichen für einen zivilgesellschaftlichen Paradigmenwechsel gesetzt hat oder lediglich eine einmalige PR-Aktion gewesen ist, wird daran zu messen sein, wie sich mittelfristig das Verhältnis zwischen NGOs und Exekutive entwickelt. Die nachfolgende erste summarische Zwischenbilanz seit November 2001 stimmt indes nicht sehr zusehrend.

## Nach dem Bürgerforum: Status quo zwischen Staat und Zivilgesellschaft

Die positive Bewertung des Bürgerforums durch Regierung und Präsidentialadministration in Moskau war für die Rektorin der Staatlichen Universität St. Petersburg, Ljudmila A. Werbizkaja, offensichtlich Anlaß genug,

<sup>30</sup> Christian Meier, Der Petersburger Dialog – Brücke auf dem Weg zur Demokratie in Rußland?, in: *Evangelischer Pressedienst (epd)*, Rußland auf dem Weg zur Demokratie oder zurück zum autoritären Regime?, Frankfurt a.M., 1.7.2002 (Dokumentation Nr. 27), S. 39–40.

den russischen Lenkungsausschuß auf dem »Kleinen Dialog« am 24. und 25. November 2001 in St. Petersburg aufzufordern, die Veranstalter des Bürgerforums zum nächsten Großen Dialog nach Weimar (2002) einzuladen.<sup>31</sup> Schließlich hätten sie zum Gespräch über die Rolle der Zivilgesellschaft und ihr Zusammenwirken mit dem Staat viel Nützliches beizutragen. Ihr intellektuelles Potential müsse möglichst effektiv ausgeschöpft werden. Werbizkajas Forderung blieb indes unerfüllt.

Zwar war der Name Aleksander Ausans, des Präsidenten der Konföderation der Verbraucherschutzgesellschaften, kurzzeitig auf der russischen Teilnehmerliste vermerkt, aber dann, so der Betroffene, habe er nichts mehr gehört. Die Aussperrung maßgeblicher Vertreter der russischen Zivilgesellschaft führte Ausan nicht auf eine bewußte Strategie der »politischen Autoritäten« in Moskau zurück, sondern auf Intrigen im Lenkungsausschuß und vor allem auf das fehlende Engagement des Vorsitzenden Gorbatschow.<sup>32</sup> Ausan und die anderen russischen NGO-Spitzen, L. Aleksejewa (Moskauer Helsinki-Gruppe), A. Roginski (Memorial), A. Babuschkin (Moskauer Komitee für Menschenrechte), trafen sich zu einem zivilgesellschaftlichen »Nach-Weimar« am 12. April 2002 in der Berliner Heinrich-Böll-Stiftung und wurden anschließend von Bundesaußenminister Fischer zu einem Gespräch empfangen. Die Ankündigung von Ausan, daß »wir nächstes Jahr sicher dabei sind«, wird trotz einer Fürsprache von Bundespräsident Rau beim nationalen Lenkungsausschuß in Moskau wahrscheinlich nicht Realität werden. Jedenfalls liegen bislang noch keine Informationen vor, daß zum Großen Dialog in St. Petersburg Anfang April 2003 NGO-Vertreter eingeladen werden.

Auch die Beteiligung oppositioneller Politiker und Abgeordneter der Duma, etwa aus den Reihen der »Union rechter Kräfte« oder der Jabloko-Fraktion, ist weiterhin fraglich, obwohl sie gegenüber dem Lenkungsausschuß ihr Interesse an einer Mitwirkung schriftlich bekundet haben. Der russische Lenkungsausschuß scheint es vorzuziehen, staatsnahe Experten über die Zivilgesellschaft reden als deren Vertreter angemessen zu Wort kommen zu lassen.

<sup>31</sup> Ljudmila A. Werbizkaja, Kleiner Petersburger Dialog – Einleitungswort, in: *Deutsch-Russisches Forum* (Hg.), Petersburg Dialog, St. Petersburg 2001, S. 73.

<sup>32</sup> Christian Esch, Die in Weimar fehlten – Vertreter der russischen Zivilgesellschaft treffen sich in der Berliner Heinrich-Böll-Stiftung, in: *Berliner Zeitung*, 13.4.2002.

Hoffnungen keimten bei der Narodnaja Assambleja auf, als im Anschluß an das Moskauer Bürgerforum zahlreiche sogenannte Dialogplattformen eingerichtet wurden. Dabei handelte es sich um eine Art ständiger Runder Tische unter Beteiligung von NGOs und staatlichen Stellen, die Gespräche zu großenteils brisanten Themen wie Flüchtlingsfragen, Alternativer Zivildienst, Migration, Tschetschenien, Menschenrechte, Bildung und Ökologie führten. Doch die Bilanz der vielfältigen Kontakte fällt nach Recherchen von Jens Siegert, dem Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Moskau, ausgesprochen mager aus.<sup>33</sup> In keiner dieser Fragen konnten sich NGOs mit ihren Forderungen durchsetzen. Selbst dort, wo sie bloß auf die Einhaltung von geltenden Richtlinien für den Umgang mit der Zivilbevölkerung drängten, stießen sie auf taube Ohren. Weil zum Beispiel die örtlichen Militärs in den Gesprächen über Tschetschenien keine Bereitschaft zeigten, dem von General Moltenskoj im Frühjahr 2002 erlassenen Befehl Nr. 80 Geltung zu verschaffen, wurden die Kontakte von den NGOs ausgesetzt. Der Befehl schreibt den Soldaten der russischen Truppen vor, sich bei Hausdurchsuchungen auszuweisen und Listen von Verhafteten anzulegen, die von Vertretern der tschetschenischen Verwaltung gegenzuzeichnen sind.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die NGOs vielfach einer politischen Selbsttäuschung erlegen sind. Sie glaubten offenbar, die öffentliche Akzeptanz als Dialogpartner sei gleichbedeutend mit der Bereitschaft der staatlichen Seite, Interessen und Expertise der NGOs bei politischen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Oftmals ist das Interesse staatlicher Stellen am Dialog nach kurzer Zeit erloschen, auf den sie sich ohnehin oft nur widerwillig und nur auf höhere Weisung eingelassen haben. Mitte Februar 2002 hatte Ministerpräsident Kasjanow angeordnet, daß die Zusammenarbeit mit NGOs zum festen Bestandteil der Arbeit aller Ministerien und Behörden werden müsse. Ihre konkreten Formen und Ergebnisse seien quartalsmäßig schriftlich zu erfassen. Diese Anordnung blieb ohne jede Wirkung, weil sie vom Regierungsapparat nur teilweise und nur sporadisch befolgt wurde.

Die bekannte russische Politologin Marina Pawlowa-Silvanskaja sieht den Hauptgrund für das erloschene Interesse staatlicher Stellen an einem Dialog dagegen darin, daß die Narodnaja Assambleja

<sup>33</sup> Jens Siegert, Zur politischen und zivilgesellschaftlichen Lage in Rußland, in: *Quartalsberichte des Länderbüros Rußland der Heinrich-Böll-Stiftung*, (2002) 3–4, S. 1–10.

im Frühjahr 2002 nochmals ihre Linie bekräftigt hat, sich nicht als politische Partei oder Wahlvereinigung zu konstituieren. Die Gruppierung sieht darin eine Gefahr, in das politische Machtsystem integriert und für die politischen Ziele der Kreml-Administration instrumentalisiert zu werden. Solange sie diesen Schritt nicht vollzieht, wird sie von amtlicher Seite politisch offenbar nicht ernst genommen. Beleg dafür könnte auch die Entscheidung des sogenannten Oligarchen Michail Chodorkowskij sein, die Jabloko-Partei von Grigorij Jawlinskij finanziell zu unterstützen und nicht die Narodnaja Assambleja, mit der er zuvor Gespräche geführt hatte.

Seit Herbst 2002 beginnt sich das vorübergehend erloschene staatliche Interesse an den NGOs wieder zu regen. Maßgeblich dafür sind nach Ansicht von Siegert drei Gründe. So macht sich zum einen die bei vielen öffentlichen Behörden fehlende Kompetenz zur Lösung sozialer Probleme bemerkbar. Zum anderen soll der Eindruck aufrechterhalten werden, daß sich in Rußland eine Zivilgesellschaft entwickelt, an deren Herausbildung der Westen nach wie vor starke Anteilnahme zeigt. Schließlich gilt es aus amtlicher russischer Sicht, das ohnehin schon beträchtliche innen- und außenpolitische Störpotential der NGOs nicht noch weiter anwachsen zu lassen. Die vorsichtige Kontaktabahnung hat immerhin dazu geführt, daß die neu gebildete Menschenrechtskommission beim russischen Präsidenten unter Vorsitz der ehemaligen Sozialministerin Ella Pamfilowa entsprechend der Quote, die beim Bürgerforum galt, zu je einem Drittel mit Vertretern der Narodnaja Assambleja besetzt worden ist. Dem Wirken dieser Kommission ist es zuzuschreiben, daß bei der Rückführung von Lagerinsassen aus Inguschetien nach Tschetschenien fortan weniger Gewalt angewendet wurde.

Ob die Treffen, Gespräche und Konsultationen zwischen NGOs und Exekutive in der aktuellen Phase mehr Substanz haben werden als in früheren, dürfte maßgeblich davon abhängen, welche Positionen die Narodnaja Assambleja gegenüber den kremlnahen Parteien bei den bevorstehenden Duma-Wahlen beziehen wird. Noch auf längere Zeit wird als positive Errungenschaft des Bürgerforums aber hauptsächlich die Tatsache zu verbuchen sein, daß sich der Aufbau horizontaler Netzwerke weiter verstärkt hat und daß die NGOs bei der Verfolgung politischer Ziele enger als vorher zusammenarbeiten.

## Zusammenfassende Bewertung und Ausblick

Die Untersuchung läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß der Petersburger Dialog auch zwei Jahr nach seiner Installierung noch weit davon entfernt ist, als »zweite Säule« in den deutsch-russischen Beziehungen zu fungieren. Er präsentiert sich als ein Forum, das noch immer seinen festen Platz und vor allem seine genuine Funktion im System bestehender, effektiv arbeitender deutsch-russischer Gesprächsforen sucht. Wenn er im genannten Sinne zu einer »zweiten Säule« werden soll, dann sind drei Aufgaben ohne weiteren Zeitverzug entschieden in Angriff zu nehmen.

Zum einen ist es erforderlich, durch die Beseitigung der Schwachstellen im Organisationsmodell des Petersburger Dialog eine Verstetigung seiner Arbeit auf allen Feldern herbeizuführen. Ohne ein überzeugendes Arbeitsprofil droht die Gefahr, daß die Gesprächsinitiative lediglich als kostspieliges PR-Event den Rahmen der alljährlichen Regierungskonsultationen ausschmückt.

Zum zweiten sollten die Initiatoren und Organisatoren dafür sorgen, daß im Petersburger Dialog die jungen Eliten aus beiden Ländern zusammengeführt werden, um mittel- und langfristig ein Reservoir an neuen Trägern der Kooperation auf Schlüsselfeldern der bilateralen Beziehungen zu bilden. Notwendig erscheint dies, weil das amtierende politische Establishment insbesondere auf deutscher Seite sichtbar in die Jahre gekommen ist.

Zum dritten wird für die weitere Entwicklung des Petersburger Dialogs entscheidend sein, wie und wann folgende wichtige Grundfrage entschieden wird: Soll der Petersburger Dialog ein Forum sein, das vorrangig dialogorientiert und nur am Rande projektorientiert ist oder soll die Projektorientierung im Vordergrund stehen, die eine Diskussion der jeweils damit in Zusammenhang stehenden spezifischen Sachprobleme einschließt? Die Entscheidung dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach zugunsten der Projektorientierung ausfallen, weil sich keine Seite auf Dauer mit der Diskussion von immer neuen Themen und Fragestellungen zufriedengeben kann.

In diesem Fall könnte der Vorteil der institutionalisierten Verbindung mit der Politik genutzt werden. Schließlich fungieren der Bundeskanzler

und der russische Präsident als gemeinsame Schirmherren und wurde auf deutscher Seite ein Koordinator für die bilaterale Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlichem Gebiet eingesetzt. Allerdings würde ein Votum für die Projektorientierung die Bereitstellung von erheblich mehr finanziellen und personellen Ressourcen erforderlich machen, und zwar unabhängig davon, ob der Petersburger Dialog Einzelprojekte entweder in Eigenregie oder in Kooperation mit anderen Organisationen durchführt oder sich auf die Rolle des Initiators oder flankierenden Promoters beschränkt.

Eine stärkere Projektorientierung des Petersburger Dialogs könnte nicht zuletzt die Erfüllung einer wichtigen Funktion erleichtern, die ihm der Bundeskanzler zugedacht hat: Er könnte einen wirksamen Beitrag zum Aufbau und zur Entwicklung der Zivilgesellschaft in Rußland leisten. Die Einberufung des ersten Allrussischen Bürgerforums Ende November 2001 nach Moskau war auch ein Erfolg des Petersburger Dialogs. Jetzt müssen in diesem Rahmen gemeinsam mit der russischen Seite Projekte entwickelt werden, die helfen, das labile Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft zu konsolidieren. Dazu sollten namhafte Vertreter der deutschen politischen Stiftungen sowie der Körber-Stiftung und der ZEIT-Stiftung in den nationalen Lenkungsausschuß und die Arbeitsgruppen des Petersburger Dialogs voll integriert und dazu angehalten werden, ihre Projekte vor Ort stärker an den Empfehlungen des Großen Dialogs auszurichten.





Anhang



## Der zweite Petersburger Dialog in Weimar, 8.–10. April 2002: Berichte der Arbeitsgruppen

### Arbeitsgruppe 1 Krisenprävention und vorausschauende Friedenspolitik

#### Koordinatoren

Dr. Uwe Optenhögel

*Direktor Internationaler Dialog,  
Friedrich-Ebert-Stiftung*

Michail W. Margelow

*Vorsitzender des Komitees für  
internationale Angelegenheiten des Föderationsrates*

Leitmotiv der Diskussion war die Feststellung, dass nach Ende des Ost-West-Konfliktes noch kein gesamt-europäisches Sicherheitsverständnis und -system entstanden sei. Internationale Organisationen, wie OSZE, UNO und NATO, haben einen substantiellen Bedeutungsverlust hinnehmen müssen. Angesichts der Tatsache, dass der Bau des »gemeinsamen europäischen Hauses« noch in vollem Gange ist, müssen Deutschland und Russland gemeinsame Sichtweisen gegenüber globalen Sicherheitsbedrohungen entwickeln und diskutieren, welchen Beitrag sie gemeinsam zur Gestaltung der entstehenden Architektur leisten können.

Unter den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen wurde unter anderem die zunehmende Destabilisierung in Nahost und anderen Krisenregionen thematisiert. Tendenzen von Entstaatlichung (Bürgerkriege) wurden ebenso wie die Gefahr des Terrorismus und die Proliferation von Nuklear- und Massenvernichtungswaffen hervorgehoben. Angesichts dieser Bedrohungen kommen Krisenprävention und vorausschauender Friedenspolitik höchste Aktualität und Brisanz im deutsch-russischen Dialog zu.

Dabei darf man sich nicht scheuen, regionale Problemzonen offen zu benennen. Schließlich müssen Maßnahmen zur Konfliktprävention, um effektiv zu sein, auf den jeweiligen Anwendungsfall zugeschnitten werden. Auf dem Balkan sind im Rahmen der Friedensmissionen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo sowie des Stabilitätspaktes für Südosteuropa gemeinsame Erfahrungen gewonnen worden. Es bleibt zu prüfen, inwieweit Lehren auf andere Regionen übertragen werden können. Zentralasien und der

Kaukasus stehen zuvorderst auf der Agenda. Aber auch eine mögliche Militärintervention gegen Irak mit ihren zu erwartenden destabilisierenden Begleiterscheinungen in der Region sollte Gegenstand der Erörterungen bleiben.

Letztlich geht es darum, einen »offensiven Dialog« über eine gemeinsame Politik der Friedenssicherung in ihren verschiedensten Facetten zu entwickeln. Dieser könnte auf Ansätze in der deutsch-russischen Zusammenarbeit zurückgreifen, die es weiterzuentwickeln gilt. Eine aktive Menschenrechtspolitik und die Stärkung des Völkerrechts, Kooperation bei der inneren Sicherheit (Polizeiwesen, Migration und Asyl), Energiepolitik und langfristige strukturelle Krisenprävention im globalen Maßstab gilt es weiterzuentwickeln.

Folgender Themen, schlossen die Teilnehmer, könne und solle sich der Petersburger Dialog in Zukunft annehmen:

- ▶ Deutsch-russische Zusammenarbeit als Motor, um die Effizienz und Handlungsfähigkeit der internationalen Organisationen und regionalen Zusammenschlüsse zu stärken, insonderheit der UNO als einziger Organisation mit globaler Legitimität und der OSZE als gesamt-europäischer Sicherheitsstruktur. Denn den globalen Herausforderungen kann nur auf Basis einer tragfähigen Sicherheitspartnerschaft, nicht durch Unilateralismus, begegnet werden.
- ▶ Die Fortentwicklung des Verhältnisses Russlands zu den transatlantischen Institutionen. Vor allem in Bezug auf die NATO besteht weiterer Diskussionsbedarf im Hinblick auf das gemeinsame Gremium 20er-Rat.
- ▶ Annäherung Russlands an die EU. Aufgaben bei der Etablierung eines Wirtschafts- und Sozialraumes in Europa. Rolle und Verantwortung Russlands und Deutschlands.
- ▶ Kaliningrad – gemeinsamer Ansatz mit dem Ziel, eine mögliche Isolation Kaliningrads nach der EU-Erweiterung durch das Schengen-Regime zu verhindern (zum Beispiel durch entsprechende Grenz-, Visa- und Transitbestimmungen). Die russische Bevölkerung muss weiter mit ihrem Mutterland kommunizieren können.

- ▶ Dialog zivilgesellschaftlicher Akteure in Zentralasien zum Thema »Politischer Islam und säkularer Staat«.
- ▶ Erfahrungsaustausch über Zivildienste in beiden Ländern.
- ▶ Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa.
- ▶ Herausforderung durch die Globalisierung von Extremismus und Terrorismus.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Thema Friedenspolitik auf der Agenda des Petersburger Dialogs bleiben muss. Künftig sollte es jedoch darum gehen, die Diskussion entlang der genannten Themen und Fragen inhaltlich stärker zu fokussieren und vor allem zivilgesellschaftliche Akteure auf breiterer Basis einzubeziehen.

#### **Berichterstatterin**

Dr. Marie-Janine Calic

*Stabilitätspakt für Südosteuropa*

### **Arbeitsgruppe 2 Die Rolle der Zivilgesellschaft in der Entwicklung eines modernen Staatswesens**

#### **Koordinatoren**

Alexandra Gräfin Lambsdorff

*Mitglied des Vorstands, Deutsch-Russisches Forum e.V.*

Dr. Oleg W. Morosow

*Abgeordneter der Staatsduma,*

*Vorsitzender der Fraktion »Regionen Russlands«*

Im Laufe der Diskussion des Themas war ein wesentlicher Fortschritt im Dialog der Arbeitsgruppe festzustellen. Dieser betraf nunmehr nicht nur allgemeine Fragen der Zivilgesellschaft, sondern auch konkrete Aufgaben der gesellschaftlichen, politischen und staatlichen Strukturen, die darauf gerichtet sind, die Institute der Zivilgesellschaft zu aktivieren.

Der erste Arbeitstag war der Diskussion aktueller Fragen gewidmet, wie etwa dem Zusammenwirken von Staat und zivilgesellschaftlichen Strukturen, Wegen und Mitteln der Bildung und Festigung zivilgesellschaftlicher Strukturen, Arbeitsformen und -methoden von Nichtregierungsorganisationen (Initiativgruppen) und Nutzung der Erfahrungen aus der Arbeit gesellschaftlicher Organisationen in Deutschland und Russland, mit dem Ziel, das Verständnis für allgemeineuropäische Probleme zu verbessern und das gegenseitige Vertrauen zwischen den Ländern zu

fördern. Die Teilnehmer halten es für erforderlich, ein gemeinsames Begriffssystem sowohl für die konkreten Probleme der Zivilgesellschaft in den Ländern als auch für die Beschreibung des Status quo in den Gesellschaften zu erarbeiten.

Darüber hinaus wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, mehr Nichtregierungsorganisationen (gesellschaftliche Organisationen) in die Arbeit des Petersburger Dialogs einzubeziehen. Es wurde festgestellt, dass sich unter den Teilnehmern der Sitzung eine unverhältnismäßig große Zahl von Vertretern russischer Behörden befindet.

Besondere Aufmerksamkeit wurde den Themen Jugend, Förderung von Jugendorganisationen und Einbeziehung dieser Organisationen in die Arbeit des Petersburger Dialogs gewidmet.

Der zweite Sitzungstag war der Diskussion von Vorschlägen zum Arbeitsplan der Arbeitsgruppe und des Petersburger Dialogs insgesamt in der Vorbereitungsphase und mit Blick auf die Durchführung des 3. Petersburger Dialogs gewidmet. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei den Arbeitsmöglichkeiten in den Zeiten zwischen den Treffen und konkreten Maßnahmen in diesem Zeitraum geschenkt. Unter anderem wurden folgende Vorschläge diskutiert:

- ▶ die Gründung einer Förderstiftung für den Petersburger Dialog zu beratschlagen. In diesem Zusammenhang wurde angeregt, deutsch-russische Firmen, die ein gemeinsames Geschäft in Russland und/oder Deutschland betreiben, in den Petersburger Dialog einzubeziehen;
- ▶ einen Wettbewerb für deutsche und russische Nachwuchsforscher auszuschreiben und die Probleme bei der Bildung einer Zivilgesellschaft und das Zusammenwirken der Zivilgesellschaft mit staatlichen Strukturen untersuchen zu lassen;
- ▶ eine Liste nichtkommerzieller Organisationen zu erstellen, welche zivilgesellschaftlich aktiv sind und im Rahmen des Petersburger Dialogs mitarbeiten können.

Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe kamen zu dem Schluss, dass die Konsultationen der deutschen und russischen Seite über die Kommunikationsmodalitäten für den bevorstehenden Zeitraum und die Definition von Diskussionsgegenständen fortgesetzt werden müssen.

#### **Berichterstatter**

Dr. Oleg W. Morosow

*Abgeordneter der Staatsduma, Vorsitzender der Fraktion »Regionen Russlands«*

## **Arbeitsgruppe 3 Wirtschaft und Geschäftswelt**

### **Koordinatoren**

Dr. Klaus Mangold

*Vorsitzender des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft*

Boris S. Aljoschin

*Vorsitzender des Staatlichen Komitees der RF  
für Standardisierung und Metrologie*

Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe äußerten ihre Zufriedenheit darüber, dass sich im Laufe der Diskussion das gegenseitige Verständnis und die Qualität des deutsch-russischen Dialogs verbessert haben.

Der eingeschlagene Weg zur Reformierung der russischen Wirtschaft hat eine breite Unterstützung in der Öffentlichkeit und bei den Unternehmen in Russland und Deutschland gefunden. Dies ist der Integration Russlands in den einheitlichen Wirtschaftsraum Europas förderlich.

Die praktische Umsetzung der unlängst in Russland verabschiedeten Gesetze zur Entbürokratisierung trägt zu einer Verbesserung des Investitionsklimas im Land bei. Beide Seiten unterstreichen die Notwendigkeit, für russische und deutsche Unternehmen gleiche Zugangsbedingungen zum Markt zu schaffen.

Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe erörterten Strategien für den Ausbau des Unternehmertums in Russland. Eine möglichst schnelle Umsetzung der Bankenreform wird dazu beitragen, die Grundlage für eine weitere wirtschaftliche Entwicklung Russlands zu schaffen. Eine besondere Rolle spielt dabei die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen. Die mittelständischen Unternehmen Russlands sind sehr daran interessiert, dass die Zusammenarbeit zwischen deutschen und russischen Banken erweitert und die Kreditvergabe deutscher Banken an russische Unternehmen sowie das Leasing ausgeweitet wird. Für eine schnellstmögliche Umsetzung dieser Aufgaben wird vorgeschlagen, die Zusammenarbeit der Banken auf der Grundlage eines ständigen Erfahrungsaustausches unter Einbeziehung eines Technologie- und Know-how-Transfers auszubauen. An erster Stelle sollte dabei die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Entwicklungsbanken stehen.

Die russische Seite äußerte ihr Interesse am Erwerb von Hochtechnologie zur Ausstattung modernisierter und neu erbauter Betriebe, etwa in der fischverarbeitenden Industrie. Einen besonderen Stellenwert hat dabei die Erarbeitung von Finanzierungsmodellen für

solche Vorhaben im Rahmen der Zusammenarbeit von deutschen und russischen Banken.

Russische Wirtschaftsvertreter unterbreiteten den Vorschlag, deutsche Schuldenforderungen an Russland im Rahmen des Pariser Clubs in hochliquide russische Aktiva umzuwandeln.

Als positiv wurden die Wiederbelebung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und den neuen deutschen Bundesländern, der Abbau von Barrieren und die Schaffung neuer Kooperationsmechanismen gewertet. Für Sachsen-Anhalt und Brandenburg wurden in dieser Hinsicht konkrete Initiativen angesprochen.

Besonders hervorgehoben wurde die Aussicht auf eine Beteiligung russischer Unternehmen der Luftfahrtindustrie an gemeinsamen Entwicklungs- und Produktionsvorhaben im Bereich der Luftfahrttechnik.

Deutsche und russische Unternehmensvertreter sprachen sich darüber hinaus für eine Intensivierung der Zusammenarbeit auf den Gebieten Umweltschutz, Energie und Informationstechnologien aus.

### **Berichterstatter**

Boris S. Aljoschin

*Vorsitzender des Staatlichen Komitees der RF  
für Standardisierung und Metrologie*

## **Arbeitsgruppe 4 Jugendaustausch, Ausbildung und Wissenschaft**

### **Koordinatoren**

Dr. Christian Bode

*Generalsekretär des DAAD (Jugendaustausch, Ausbildung)*

Prof. Dr. Gesine Schwan

*Präsidentin der Europa-Universität Viadrina (Wissenschaft)*

Prof. Dr. Ljudmila A. Werbizkaja

*Rektorin der Staatlichen Universität St. Petersburg*

### **Vorbemerkung**

Im Bereich der deutsch-russischen Zusammenarbeit gehören der Jugendaustausch und die Kooperation in Bildung und Wissenschaft von jeher zu den gestaltenden und tragenden Elementen der Beziehungen. Sie haben für die Zukunft beider Länder größte Bedeutung und hohe Priorität. Trotz deutlicher qualitativer und quantitativer Steigerungen ist eine Weiterentwicklung auch im Hinblick auf ein sich erweiterndes Europa wünschenswert und in Planung.

### **I. Jugendaustausch**

Der sehr gewinnbringende Schüleraustausch, insbesondere im Bereich der Schulpartnerschaften zwischen Deutschland und Russland, ist derzeit quantitativ unzureichend. Die Arbeitsgruppe empfiehlt deshalb eine Verdoppelung des derzeitigen Volumens auf rund 250 Schulpartnerschaften in den nächsten fünf Jahren anzustreben, weil der Jugendaustausch ein wichtiges Potential zur Entwicklung der Zivilgesellschaften darstellt. Wünschenswert ist eine Einbeziehung weiterer Regionen in den Austausch sowie die gezielte Unterstützung von Jugendlichen, die bislang keinen Zugang zu diesen Programmen haben.

Im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit würdigt der Petersburger Dialog die bisherigen Projekte, die sehr oft Grundlage für die spätere intensive Befassung mit dem jeweils anderen Land sind. Es wäre jedoch wünschenswert, wenn bei der nächsten Veranstaltung des Dialoges über eine regional ausgewogenere Planung der Maßnahmen und eine größere Kontinuität berichtet werden könnte.

Die Arbeitsgruppe begrüßt, dass in der fachlichen jugendpolitischen Zusammenarbeit Fragen von großer sozial- und gesellschaftspolitischer Relevanz aufgegriffen werden. Dieses trägt zur Stärkung nicht nur von sozialer Kompetenz und zur Qualifizierung der Arbeit in den jeweiligen Sektoren bei, sondern auch zur Veränderung des gesellschaftlichen Bewusstseins der Jugend. Deutsche und russische Einrichtungen verfügen in ihren jeweiligen Bereichen über langjährige Erfahrungen. Durch Austausch dieses Wissens könnte eine deutliche Verbesserung der Situation der betroffenen Jugendlichen erreicht werden.

Die Zusammenarbeit russischer und deutscher Einrichtungen in den Bereichen der Jugendsozialarbeit ist stark ausgerichtet auf die Prävention von Drogen- und Alkoholmissbrauch sowie Jugendkriminalität, Arbeit in den sozialen Brennpunkten und mit Migrationsgruppen. Programme, wie sie zum Beispiel der Internationale Bund (IB) und das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands (CJD) durchführen, zur Berufsorientierung und zur Integration in das Berufsleben, sind Instrumente, um diesen Problemen zu begegnen.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt, unter dem Dach des Petersburger Dialoges noch in diesem Jahr eine Konferenz zu den vielschichtigen Themen des Jugendaustausches durchzuführen und dabei das besondere Augenmerk auf längerfristig angelegte, nachhaltige Projekte zu legen.

### **II. Bildung und Wissenschaft**

Die akademische Zusammenarbeit gehört seit Jahrhunderten zu den stabilsten Elementen der bilateralen Beziehungen. Trotz deutlicher Erweiterung in den vergangenen Jahren hat die Zusammenarbeit noch längst nicht ihre maximale Breite und Tiefe erhalten. Die Arbeitsgruppe empfiehlt deshalb eine Verdoppelung der Austauschzahlen im Bereich der Studenten, der Nachwuchsakademiker und eine verstärkte Förderung der Doktorandenprogramme.

Dabei sollte ein weiteres Ziel sein, das derzeitige Ungleichgewicht durch signifikante Steigerung der deutschen Teilnehmer am Austausch zu beseitigen. Dies könnte durch Mobilisierungs- und Marketingkampagnen der russischen Hochschulen in Deutschland sowie durch neue attraktive Studienangebote in Russland erreicht werden.

Die Arbeitsgruppe begrüßt nachdrücklich die Pläne, in Moskau und Petersburg mit Unterstützung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) zwei Zentren für Deutschland- und Europastudien in den Fächern Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften einzurichten, die auch Beratungsmaßnahmen in diesen Bereichen koordinieren können.

Als ebenso wichtig werden die von der ZEIT-Stiftung und der Krupp-Stiftung geplante Einrichtung eines Deutschen Historischen Instituts in Moskau, eines Russisch-Deutschen Institutes für nichtideale und staubige Plasmen in Moskau und Garching und einer kooperativen Fakultät für angewandte Polar- und Meereswissenschaften an der Staatlichen Universität St. Petersburg, dem Alfred Wegener Institut für Polar- und Meeresforschung in Bremerhaven, dem Wissenschaftszentrum GEOMAR in Kiel und der Universität Bremen eingeschätzt.

Einen wichtigen Pfeiler gegenseitiger wissenschaftlicher Kenntnis und andauernder Verständigung stellen gemeinsame Forschungsprojekte im geistes- wie im naturwissenschaftlichen Bereich dar. Hier gilt es vor allem junge Forscherinnen und Forscher zusammenzubringen. Um die gemeinsame deutsch-russische Forschung, insbesondere von jungen Forschern, wirksam zu unterstützen, empfiehlt die Arbeitsgruppe, die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) bei der Einrichtung von weiteren internationalen Graduiertenkollegs zu unterstützen. Das Gleiche gilt für die Einrichtung von Sonderforschungsbereichen. Erwähnenswert ist darüber hinaus insbesondere die Zusammenarbeit im Rahmen des russisch-deutschen Labors bei BESSY II, deren längerfristige Finanzierung gesichert

werden sollte. Die geplante Kooperation zwischen dem Wissenschaftszentrum »Peterhof« und dem Wissenschaftsstandort Berlin-Adlershof wird begrüßt. Diese Projekte dienen in besonderer Weise der Unterstützung des Technologietransfers und sind damit beispielhaft für andere Bereiche.

Zu unterstreichen sind auch die zahlreichen Förderprogramme der Alexander von Humboldt-Stiftung sowie die Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der international Max Planck Research Schools.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt insbesondere Projekte zu fördern, die sich durch Langfristigkeit und Nachhaltigkeit auszeichnen. Dazu gehören auch Projekte der angewandten Wissenschaft, wie zum Beispiel gemeinsame Projekte aus dem Bereich des Technologietransfers bis hin zur Förderung von Existenzgründungen.

Die Einrichtung von neuen Projekten darf jedoch nicht zu einer Vernachlässigung früher geförderter Aktivitäten führen. Außerdem ist zu beachten, dass Programme so gestaltet werden sollen, dass eine Förderung bis zu 10 bis 12 Jahren für ein und dasselbe Projekt möglich wird, wenn die Zwischenevaluierungen positiv waren.

### III. Übergreifendes aus der Arbeitsgruppe

Die intensive Förderung der Fremdsprachenkenntnisse im jeweils anderen Land ist für die künftige aktive Kommunikationsfähigkeit zwischen den Kulturen beider Länder unabdingbar. Obwohl in Russland 20% der Personen leben, die im Ausland Deutsch lernen, ist der Anteil der Deutsch Lernenden in Russland im letzten Jahrzehnt massiv zurückgegangen. Ebenso ist auf deutscher Seite die Zahl der Russisch Lernenden deutlich rückläufig. Dieser Trend ist für die bilateralen Beziehungen auf Dauer abträglich. Es sollen deshalb Wege gefunden werden, die Sprachkompetenz in der jeweils anderen Sprache generell zu steigern und auch im Bereich der Fachsprachen zu verbessern.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt der deutschen Kultusministerkonferenz beim Frühstart der Fremdsprache in der Grundschule und bei der anstehenden Neuordnung des Sprachenunterrichts die russische Sprache angemessen zu berücksichtigen. Initiativen zur Förderung der Sprachkompetenz, wie zum Beispiel durch das Deutsch-Russische Jugendforum oder das Konzept »DeutschPunkt«, in die Schüler, Studierende, Auszubildende und junge Berufstätige einbezogen werden sollten, sind ausdrücklich zu begrüßen.

Die Arbeitsgruppe spricht sich für einen deutsch-russischen Schulbuchvergleich zum Beispiel durch das Georg-Eckert-Institut aus und befürwortet die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Entwicklung und Evaluierung von Sprachlehrmaterialien zum Deutschen und Russischen.

Für die Mobilität zwischen beiden Ländern sind die Voraussetzungen für die Anerkennung von Studienzeiten, Zeugnissen, Diplomen und akademischen Graden von großer Bedeutung, sodass der Petersburger Dialog an die zuständigen Stellen in beiden Richtungen den Appell richtet, zu prüfen, ob in Fortsetzung der gemeinsamen Erklärung von Kultusministerkonferenz/Hochschulkonferenz und russischem Bildungsministerium vom Februar 1999 eine Fortschreibung des Übereinkommens erreicht werden kann. Zunächst wäre wünschenswert, die führenden russischen Hochschulen aus Moskau und St. Petersburg in die Liste der Kultusministerkonferenz der anerkannten Hochschulen aufzunehmen, deren Hochschulgrade in Deutschland geführt werden dürfen.

Es wäre wünschenswert, wenn das komplizierte Visaverfahren, das einem lebendigen Austausch im Wege steht, vereinfacht werden könnte. Dabei sollten sich beide Seiten darauf verständigen, die entsprechenden Visa, wie im außerschulischen Jugendaustausch, gebührenfrei zu erstellen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen und Projekte können nur mit viel Engagement aller Beteiligten entwickelt und umgesetzt werden. Zudem ist aber auch Unterstützung der staatlichen Instanzen in zweierlei Form notwendig: Zum einen müssen unnötige Hindernisse für Austausch und Zusammenarbeit abgebaut werden, insbesondere bei Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungsfragen. Zum anderen braucht es auch Geld, von dem alle wissen, dass es knapp ist. Der Petersburger Dialog regt deshalb an, Gelder aus der Bereinigung der deutsch-russischen Schuldenfrage dazu zu nutzen, dass diese Mittel einer Stiftung für Jugendprojekte und -programme zugute kommen. Was wäre ertragreicher, als aus den Schulden der Vergangenheit das Kapital für die gemeinsame Zukunft aufzubauen? Die Arbeitsgruppe sieht es als Ermutigung an, dass sowohl Präsident Putin als auch Bundeskanzler Schröder ihre Sympathie für dieses Vorhaben geäußert haben, die Alt-schulden so zu verwenden, dass aus ihnen ein Kapital für die gemeinsame Zukunft wird. Die Arbeitsgruppe schlägt vor, dass das zuständige Bundesministerium möglichst bald zu einem Arbeitstreffen zur Umsetzung dieser Initiative einlädt.

Um besonders ertragreiche Initiativen im Bereich der deutsch-russischen Zusammenarbeit entsprechend würdigen zu können, regt die Arbeitsgruppe die Stiftung eines Preises für hervorragende Projekte auf diesem Feld an. Die Preisverleihung sollte im Rahmen der jährlichen Veranstaltung des Petersburger Dialoges erfolgen.

Die Arbeitsgruppe dankt dem Lenkungsausschuss, insbesondere den beiden Vorsitzenden Peter Boenisch und Michail Gorbatschow, für die bisherige aktive Förderung des Jugendaustausches durch den Petersburger Dialog. Es wäre wünschenswert, diese Thematik auch zum zentralen Punkt künftiger Veranstaltungen zu machen.

#### **Berichterstatter**

Prof. Dr. Wilfried Bergmann

*stellvertretender Generalsekretär des DAAD*

### **Arbeitsgruppe 5 Kultur und russische Kulturtage (2003/2004)**

#### **Koordinatoren**

Prof. Dr. Klaus-Dieter Lehmann

*Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz*

Prof. Dr. Hellmut Seemann

*Präsident der Stiftung Weimarer Klassik*

Prof. Dr. Michail B. Piotrowskij

*Direktor der Staatlichen Eremitage St. Petersburg*

Die Arbeitsgruppe ist sich einig in der Überzeugung, dass gerade in weltpolitisch schwierigen Zeiten die Bedeutung kultureller Beziehungen nicht geringer wird. Denn »Kultur« bezeichnet den Bereich, in dem die Werte des Zusammenlebens, welche die Politik zu schützen unternimmt, immer wieder neu geschaffen, definiert und überprüft werden. Kultur ist der Bereich der kreativen Phantasie, auf die auch die politische Vernunft in keinem Augenblick verzichten kann.

In diesem Selbstbewusstsein ist die Gruppe der Aufforderung ihres Mitkoordinators Michail Borisowitsch Piotrowskij gefolgt und hat sich auf eine ungewöhnlich offene, die Bedenken der »politischen Korrektheit« zurückstellende Diskussion auch der kontroversen Fragen der russisch-deutschen Kulturbeziehungen eingelassen. Insbesondere die Erörterung der schwierigen kulturellen, politischen und juristischen Fragen der »Beutekunst« hat von dem in diesem Kreis allmählich

sich einstellenden Klima gegenseitigen Vertrauens sehr profitiert.

Aus diesem Geist heraus hat auch die Arbeitsgruppe im Verlauf ihrer konzentrierten Erörterung bemerkt, dass die Rede vom »Kulturaustausch« der Qualität und Intensität der russisch-deutschen Kulturbeziehungen – sowohl in der Vergangenheit wie in der Gegenwart – nicht gerecht wird. Zwischen Russen und Deutschen hat, durch die Nähe und Dichte ihrer Beziehungen befördert, nicht ein Verhältnis kulturellen Warentauschs, sondern vielmehr eines der wechselseitigen Inspiration geherrscht.

Die Arbeitsgruppe hat sich zunächst um eine konkrete Sichtung derjenigen Projekte, Ausstellungsvorhaben usw. bemüht, die sich in einem bereits fortgeschrittenen Zustand der Planung oder Realisierung befinden. Ihr besonderes Augenmerk lag auf Projekten, die den Rahmen der deutsch-russischen Kulturtage der Jahre 2003 und 2004 auszufüllen bestimmt sind – gehen doch diese Kulturtage auf eine Anregung der Arbeitsgruppe Kultur aus dem ersten Jahr des Petersburger Dialogs zurück.

Als größtes Einzelprojekt ragt hier die Ausstellung »Moskau – Berlin 1950–2000« heraus, die im Jahr 2003 in Berlin und im Jahr darauf in Moskau gezeigt werden wird. Die Ausstellung soll die historische Tiefe und Komplexität der wechselseitigen Kulturbeziehungen sichtbar machen und zugleich bis in unsere unmittelbare Gegenwart führen. Begleitet werden soll sie in Berlin (und in der Trägerschaft der Berliner Festspiele) von Programmen neuer russischer Musik und des Theaters sowie des jungen russischen Films – letzteres nicht nur, aber auch im Rahmen der Berlinale. Von November 2003 an werden in Moskau im Rahmen der »Dezemberabende« die »Seiten des Dialogs: Malerei und Musik im 19. Jahrhundert« zu sehen und zu hören sein.

Im Hinblick auf das 300-jährige Stadtjubiläum von St. Petersburg im nächsten Jahr planen das Russische Zentrum für internationale Zusammenarbeit und das Russische Haus Berlin in Verbindung mit dem Goethe-Institut eine Reihe eigener Veranstaltungen, unter anderem Präsentationen von Archivmaterial und eine Ausstellung »Petersburg – Fenster nach Russland«. Die Petersburger Eremitage bereitet gemeinsam mit der Preußischen Stiftung Schlösser und Gärten die Ausstellung »Berlin – St. Petersburg« vor, eine große Ausstellung über russisch-deutsche Kunst- und Kulturbeziehungen im 19. Jahrhundert. Bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist – ebenfalls zum St. Petersburger Stadtjubiläum – eine Ausstellung



»Das imperiale St. Petersburg« (in Großmodellen der Architektur) in Vorbereitung.

Ohne den Anspruch auf vollständige Wiedergabe aller Vorhaben für die kommenden zwei Jahre, die in der Arbeitsgruppe besprochen wurden, zu hegen, sei noch eine für 2004 geplante Ausstellung des deutsch-russischen Museums in Karlshorst genannt. Sie wird deutsche Russlandbilder seit dem 18. Jahrhundert zeigen und sollte noch einen Partner auf russischer Seite finden, der entsprechende russische Deutschlandbilder präsentieren könnte. Die Stiftung Weimarer Klassik wird 2004 an die russische Zarentochter und Weimarer Großherzogin Maria Pawlowna erinnern, die wesentlichen Anteil an der Entwicklung Weimars zum kulturellen Identitätsort der Deutschen hat. Erwähnt sei schließlich, dass der Länderschwerpunkt der Frankfurter Buchmesse 2003 ebenfalls Russland gewidmet sein wird.

Die Arbeitsgruppe ist sich darüber im klaren, dass die in diesen Vorhaben implizierte Konzentration auf die Metropolen unumgänglich ist im Sinne einer Initialzündung. In einem zweiten Schritt muss es jedoch gelingen, kulturell in die Fläche der beiden Länder zu gehen; dazu sind Städtepartnerschaften und die Beteiligung von NGOs notwendig. Als Beispiel mögen hier die zahlreichen regionalen und lokalen Programmaktivitäten des Bundesverbandes Deutscher West-Ost-Gesellschaften e.V. für die Jahre 2003 und 2004 genannt sein.

Keinen Zweifel ließen die Mitglieder der Arbeitsgruppe an der Notwendigkeit, die Fülle von Angeboten, die tatsächlich schon jetzt gemacht werden, immer wieder zu fokussieren und sichtbar zu machen. Das kann und soll auf zweierlei Art und Weise geschehen, performativ und organisatorisch-strukturell. Performativ durch die Einrichtung von Kulturwochen, die Ereignischarakter haben und den russisch-deutschen Kulturbeziehungen die gebührende Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit – und der Politik! – verschaffen. Organisatorisch durch die Einrichtung eines »Evidenzzentrums« oder einer Informationsbörse in Gestalt einer Internetseite, die sämtliche Aktivitäten, Planungen und Akteure im binationalen kulturellen Bereich verzeichnet und transparent macht. Hier kann zum Beispiel gesammelt und mitgeteilt werden, welche Übersetzungen russischer Literatur ins Deutsche und umgekehrt bei den jeweiligen Verlagen bereits in Arbeit sind. Darüber hinaus sollte das Internet stärker im Sinne eines Kulturportals zwischen Russen und Deutschen genutzt werden.

Vier Komplexe müssen noch genannt werden, denen die Arbeitsgruppe besonderes Gewicht beimaß.

Dazu gehört, erstens, die bereits erwähnte Frage der »Beutekunst«. Das leuchtende und von allen Teilnehmern als besonders glücklich empfundene Beispiel der Glasfenster der Marienkirche in Frankfurt/Oder zeigt, dass der Weg der kleinen, gemeinsam unternommenen Schritte – durch konkrete Verhandlung über einzelne Werke, Zusammenarbeit bei der Restauration und Präsentation – gangbar ist und vielleicht irgendwann, gewachsenes Vertrauen und positive Erfahrungen vorausgesetzt, auch größere Schritte erlauben wird. Bis dahin bleibt es unabdingbar, dass beide Seiten sich um ein vertieftes Verständnis der Positionen, aber auch der Hoffnungen und Erwartungen der jeweils anderen bemühen – und sich so offen auch über gegensätzliche Sichtweisen aussprechen, wie dies in den Sitzungen dieses Kreises gestern und heute der Fall war.

Ein zweites, als wichtig erkanntes Thema der Erörterung war die Tatsache der Migration als kulturelles und die Auffassung von Kulturtransfers veränderndes Phänomen. Dies gilt sowohl für die Wahrnehmung und Dokumentation der freiwilligen und erzwungenen Migrationen der Vergangenheit wie der Wanderungsbewegungen der Gegenwart. Die Tatsache, dass russische Migranten heute rund um den Globus anzutreffen sind, bringt in die Auffassungen davon, wie Kultur vermittelt und übertragen wird, eine neue, zusätzliche Normalität. Ihr müssen auch die Initiativen, zu denen der Petersburger Dialog Anstoß geben will, Rechnung tragen.

Ebenfalls in Rechnung zu stellen ist, drittens, der Generationenwandel, der auch zu einer Veränderung des Interessenprofils, Kultur und Geschichte betreffend, führt. Die Alten, so kann man sagen, hatten ihre Geschichte – was aber haben die Jungen? Die Arbeitsgruppe hält es für dringend geboten, sich um neue Formen der Erkundung und der Vermittlung an die junge Generation zu bemühen.

Als notwendig sieht es, dies der vierte Punkt, die Arbeitsgruppe an, die besagten Initiativen zu verstärken und nicht ausschließlich der Dynamik der »events« zu überlassen. Vor allem Vorhaben wie der Austausch von Autoren, Regisseuren, Dramaturgen, Musikern und Koproduktionen im Bereich des Theaters bedürfen der Unterstützung und nachhaltigen Stabilisierung durch längerfristig planende Institutionen. Ohne gesicherte Laufzeiten von bis zu drei Jahren lassen sich solche Projekte nicht realisieren.

Zwar ist sich die Arbeitsgruppe einig in der Einsicht, dass hierzu keine neuen institutionellen Strukturen geschaffen, sondern bereits vorhandene Verbände und Institutionen genutzt werden sollen. Dennoch erscheint es geboten, die Einrichtung eines zentralen Fokus, wie er mit der bereits angesprochenen »Russischen Akademie« in Berlin schon einmal im Gespräch war, mit Nachdruck voranzutreiben. Die Arbeitsgruppe spricht sich hierfür einmütig aus und plädiert für die Unterstützung durch Politik, Medien und Wirtschaft.

Dasselbe gilt für die Vermittlung von Kunstgeschichte in beiden Ländern (und zwar in europäischer Perspektive), die sich durch die Einrichtung gemeinsamer Forschungsinstitute in beiden Ländern eine beträchtliche Förderung verspricht. Für die Quellensicherung der russischen kulturellen Überlieferung wird nachdrücklich die bereits im Konzept vorbereitete Gründung des Zentrums für Bucherhaltung in Moskau befürwortet und um Unterstützung durch Politik und Wirtschaft geworben.

#### **Berichterstatter**

Dr. Ulrich Raulff

*Leitender Redakteur des Feuilletons, Süddeutsche Zeitung*

### **Arbeitsgruppe 6 Die Rolle der Medien in den neuen Beziehungen zwischen Deutschen und Russen**

Kai Diekmann

*Chefredakteur und Herausgeber der BILD-Zeitung*

Natalja S. Tscherkessowa

*Leiterin der Informationsagentur »Rosbalt«*

Eröffnet wurde die Sitzung der Arbeitsgruppe 6 durch ein Referat von Prof. Dr. Albert Scharf zum Thema »Die beiden Säulen der Meinungsfreiheit: Unabhängigkeit und Vielfalt«, worin die Entwicklung und der Schutz der Pressefreiheit seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland skizziert wurden. Anschließend folgte eine sehr eingehende Diskussion über die Rolle und Situation der Medien in beiden Ländern und die Möglichkeiten der freien Berichterstattung nach dem 11. September 2001, wobei nur in wenigen Punkten Übereinstimmung erzielt werden konnte. Von deutscher Seite wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die Vorgänge um NTW, TW 6, Nowaja Gaseta sowie um den Korrespondenten der taz, Klaus-Helge Donath, Anlass zu großer Sorge gäben.

Die Arbeitsgespräche des folgenden Tages wurden von Herrn Raf Schakirow eröffnet, der über die »Grundlagen der Pressefreiheit in Russland unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit« referierte. In der anschließenden Diskussion wurde eingehend über die wirtschaftlichen Voraussetzungen journalistischer Arbeit, die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland und den Einfluss der Anzeigenkunden auf die Berichterstattung gesprochen.

Einigkeit bestand schließlich darüber, dass die Beziehungen zwischen Deutschen und Russen im Bereich der Medien besonders durch den Aufbau von Netzwerken sowie durch konkrete Projekte zu verbessern seien. Daher wurden folgende Vorhaben beschlossen:

1. Einführung eines Journalistenprogramms »Vier Wochen in Deutschland« für russische Journalisten bis 35 Jahre mit guten Deutschkenntnissen.
2. Durchführung von vier Live-Konferenzschaltungen Moskau–Berlin bei ORT (Erstes Russisches Staatliches Programm) im Jahr 2002/2003.
3. Regelmäßige Veröffentlichung von Artikeln aus der russischen Zeitung »Sankt Petersburgskije Wedomosti« in einer deutschen Zeitung.
4. Vergleichende Studie zur deutschen und russischen Mediengesetzgebung.
5. Zusammenarbeit zwischen der Großen Journalistenjury in Russland und dem deutschen Presserat.
6. Einführung von Journalistenpreisen für die beste Publikation über Russland bzw. Deutschland.
7. Soziologische Studien zum Bild der Deutschen und Russen im jeweils anderen Land und anschließende Veröffentlichung unter dem Titel: »Deutsche über Russland. Russen über Deutschland.«
8. Erweiterung der Web-Site »Petersburger Dialog«.
9. Die »Moskauer Deutsche Zeitung« soll unter dem Logo »Petersburger Dialog« erscheinen.
10. Weltkongress der russischen Presse in Berlin im Jahr 2002.

#### **Berichterstatter**

Dr. Nicolaus Fest

*Redakteur Kultur, BILD-Zeitung*

Tatjana Ju. Tschesnokowa

*Leitende Redakteurin der Informationsagentur »Rosbalt«*

# Russland und Deutschland an der Schwelle des 21. Jahrhunderts – Ein Blick in die Zukunft

Schlussdokument des Ersten Petersburger Dialoges, 10. April 2001

## Präambel

Mit dem »Petersburger Dialog«, den der Präsident der RF Wladimir Putin und Bundeskanzler Gerhard Schröder initiierten, beginnt ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen den Völkern Russlands und Deutschlands.

Der Petersburger Dialog wird künftig regelmäßig und abwechselnd in Deutschland und Russland stattfinden. Er soll die deutsch-russischen Beziehungen festigen, das Verständnis für einander fördern und auch die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union insgesamt positiv beeinflussen. Zwischen den alljährlichen Konferenzen wird es kleinere Treffen der Sektionsteilnehmer geben, auf denen aktuelle Probleme und Fragen behandelt werden.

Die Teilnehmer des Forums gelangten zu der Schlussfolgerung, dass die freimütige kreative Aussprache über alle Aspekte der Beziehungen zwischen den Völkern der beiden Länder die Voraussetzung für das Gelingen konkreter Projekte ist. Sich gegenseitig besser kennen zu lernen, ist das beste Mittel, immer noch bestehende Vorurteile und Denkschablonen zu überwinden. Damit folgt der deutsch-russische Dialog quer durch alle Gruppen der Gesellschaft dem seit Jahrzehnten erfolgreichen Vorbild des deutsch-britischen und deutsch-französischen Meinungsaustauschs.

Die Teilnehmer kommen überein, den »Petersburger Dialog« für das Internet zu öffnen. Die Bürger beider Länder sind eingeladen, sich unter [www.petersburger-dialog.de](http://www.petersburger-dialog.de) und [www.peterburgsky-dialog.ru](http://www.peterburgsky-dialog.ru) an der Diskussion zu beteiligen und den Dialog in den kommenden Jahren aktiv mitzugestalten.

Die nächste Sitzung des Forums findet 2002 in Weimar (Deutschland) statt.

Für die Zeit von 2001 bis 2005 haben sich die einzelnen Gruppen folgende Aufgaben gestellt:

## Politik und Zivilgesellschaft

Die Teilnehmer des Forums stellten fest, dass die Überwindung des ideologischen Gegenüberstehens von Russland und Deutschland Anfang des 21. Jahrhunderts neue Möglichkeiten und Chancen für den Aufbau des vereinigten Europas bietet. Wir schlagen vor, den Dialog fortzusetzen über die präventive Politik für die gemeinsame Sicherheit in Europa.

Die Rolle des Staates verändert sich im neuen Jahrhundert. Zu seiner Hauptaufgabe zählen der Schutz der Rechte und Freiheiten der Bürger sowie die Garantie des Eigentums und die Förderung privater Initiativen. Eine gerechte und maßvolle Aufteilung der Kompetenzen zwischen dem Staat und der bürgerlichen Gesellschaft wird für den Wohlstand der Menschen, für die bürgerliche Freiheit und die Effizienz des Staates von entscheidender Bedeutung sein.

Die Erweiterung des Wirkungsbereichs der bürgerlichen Gesellschaft stärkt die Effizienz eines modernen Staates und wirkt sich positiv auf die Außenbeziehungen, also auch auf russisch-deutsche Kontakte und auf die gemeinsame Aufgabe der europäischen Friedenssicherung aus.

In diesem Zusammenhang möchten beide Seiten ihre Sichtweisen auf die Prinzipien und Funktionsweisen der Zivilgesellschaft annähern. Uns erscheint es als ratsam, dieses Problem zu einem permanenten Dialog zu machen. Die Form dieses Dialogs ist Gegenstand der gemeinsamen Sache. Angedacht wird die Durchführung von Diskussionen zum Thema Zivilgesellschaft in verschiedenen Formen in Russland und in Deutschland. Angeregt wird, zivilgesellschaftliche Aspekte wie Fragen der Stiftungstätigkeit und des Stiftungsrechts, der Städtepartnerschaften, des Jugendwerkes, der Rolle der Nichtstaatlichen Organisationen, der Rolle der Kirche, der Rolle der Gewerkschaften und der Arbeitsbeziehungen, im Rahmen unseres beginnenden Zivildialogs in den Vordergrund zu stellen. Wir schlagen vor, über den Dialog das Russlandbild in Deutschland zu verbessern und das Deutschlandbild in Russland zu pflegen. Für diesen

Dialog zwischen Deutschland und Russland bedarf es unabhängiger Finanzquellen, die in Form einer Stiftung für deutsch-russische Zusammenarbeit zu erwägen wären.

### **Wirtschaft und Geschäftswelt**

Die russischen Unternehmer regten ein intensiveres Engagement der deutschen Wirtschaft in Russland an.

Die deutsche Seite schlug vor, Chancen für einen sinnvolleren Einsatz russischer Wissenschaft in deutschen Projekten zu schaffen und die »Leuchtturmprojekte« konkret und zügig weiter zu behandeln.

Das Thema, wie viel Staat braucht die Wirtschaft im Transformationsprozess, wurde anhand folgender konkreter Beispiele besprochen:

- Rahmenbedingungen
- Zentrale oder dezentrale Wirtschaftspolitik
- Förderinstrumente

Thematisiert wurde außerdem, inwieweit die durch den russischen Präsidenten bei Amtsantritt angekündigten Reformen in die Tat umgesetzt werden. Die Teilnehmer kamen überein, dass der begonnene Prozess intensiv weitergeführt werden muss.

Ebenfalls besprochen und zum Teil kontrovers diskutiert wurden konkrete Fragen wie die Instandhaltung russischer Industrieanlagen und Infrastruktur, Umschuldungs-, Außenhandels und Investitionsfinanzierung, Sicherheiten für Kredite und Rahmenbedingungen. Hierzu wurden zahlreiche Anregungen aus den Erfahrungen im Transformationsprozess in Deutschland nach 1948 und nach 1990 vorgetragen.

Die Teilnehmer waren sich einig darüber, dass neben den aktuellen Einzelthemen im Petersburger Dialog die Konzepte der langfristigen Zusammenarbeit im Mittelpunkt stehen müssen. In diesem Zusammenhang begrüßten die Teilnehmer die Tätigkeit der »Strategischen Arbeitsgruppe«, regten deren Fortsetzung an und baten um Berichterstattung über deren Ergebnisse auf der nächsten Sitzung des Petersburger Dialogs 2002 in Weimar.

### **Wissenschaft und Bildung**

Die Teilnehmer der Sektion gelangten zu dem Schluss, dass es notwendig ist, die Lehrinhalte der Universitäten und die Organisation der fachübergreifenden Seminare und Lehrveranstaltungen zu internationali-

sieren. Es wurden konkrete Formen und Richtungen des bi- und multilateralen Austausches von Dozenten und Studenten vorgeschlagen

Die Notwendigkeit des Austausches und eines engeren Zusammenwirkens zwischen staatlichen und privaten Fonds für die Finanzierung einer gemeinsamen Grundlagenforschung wurde hervorgehoben. Positives Beispiel dafür ist die Kooperation der Wissenschaftler der Freien Universität Berlin und der Universität St. Petersburg.

Die Teilnehmer brachten die allgemeine Besorgnis um die ökologische Situation auf dem europäischen Kontinent zum Ausdruck und stellten die Notwendigkeit verstärkter gemeinsamer Aktivitäten Russlands und Deutschlands zur Gewährleistung der ökologischen Sicherheit fest.

In den Ansprachen in der Sektion wurde die These über einen einheitlichen Wissenschafts- und Bildungsraum Europas formuliert, der Russland einschließt.

Heute ist die Verbindung von Wissenschaft und Bildung eine Bedingung für die Entwicklung der Zivilisation des neuen Jahrhunderts. Informationstechnologien werden bei der Sicherung des bi- und multilateralen Austausches eine zunehmende Rolle spielen.

Die Konferenzteilnehmer sind der Ansicht, dass die Forderung nach der Intensivierung dieses Austausches von Ideen und Menschen durch die wissenschaftlichen Kreise beider Länder unerlässlich ist.

Folgende allgemeine Probleme/Themen wurden angesprochen:

1. Mittel für Bildungs- und Forschungsaktivitäten müssen eingeworben werden. Die Teilnehmer schlagen vor, Modelle öffentlich-privater Partnerschaften zu entwickeln und zu erproben.
2. Der Zugang zu Bildungseinrichtungen soll erleichtert werden, ebenso wie die Anerkennung von Hochschulabschlüssen. Die Teilnehmer schlagen vor, die Entwicklung von Studienprogrammen, Curricula und Lehrmodulen zu akzentuieren.
3. Weiterhin wurde beschlossen, die Möglichkeit der Einrichtung einer virtuellen Universität zu prüfen. Diskutiert wurde auch die Einrichtung einer Filiale der St. Petersburger Universität in Berlin.
4. Nichtstaatliche wissenschaftliche Organisationen sollen in Programmen/ Zusammenarbeit integriert werden.
5. Gemeinsame Graduiertenkollegs für Doktoranden sollen eingerichtet werden.
6. Russische Spezialisten sollen verstärkt nach Deutschland geschickt werden, jedoch unter Vermeidung

dung von »brain drain«, und deutsche Spezialisten nach Russland.

7. Eine »Russische Akademie« (in Analogie zur »American Academy«) soll in Berlin gegründet werden.

8. Ein Zentrum für Deutschlandstudien soll in Russland gegründet werden.

9. Ein deutsches Historisches Institut soll in Moskau oder St. Petersburg eröffnet werden.

10. Mögliche Themen, die in gemeinsamen Projekten organisiert werden können:

- life sciences unter Berücksichtigung von Natur und Gesellschaftswissenschaften
- Nuklearfragen, Konversion von Anlagen und geschlossenen Städten
- Allgemeine Sozialwissenschaften
- Themen die Raumfahrt betreffend
- Plasmaphysik
- Angewandte und Grundlagenforschung von Problemen der menschlichen Gesundheit
- Ausstattung mit Computerprogrammen, Informationstechnologien und mathematischen Modellen
- Entwicklung neuer Materialien
- Erforschung der Erde und des erdnahen Weltraums
- Sprachwissenschaft als Grundlage der geistigen Entwicklung der Gesellschaft
- Sozial-psychologische und rechtliche Probleme der Wissenschaft und Bildung
- Gründung eines Instituts für deutsche Geschichte
- Weiterentwicklung und Vervollkommnung der akademischen Mobilität wie der Austausch von Studenten, Doktoranden, Lehrkräften und wissenschaftlichen Mitarbeitern

11. Einschränkung von bürokratischen Hindernissen (»red tape« (visa etc.)) gegen den Austausch

12. Neudefinierung laufender Kooperationen auf eine europäische Dimension hin

13. Partielle Umwidmung der russischen Schulden zur Finanzierung von Wissenschafts- und Ausbildungseinrichtungen.

## Kultur

Der jahrhundertealte Dialog der russischen und deutschen Kultur, der sich auf besondere Beziehungen zwischen Russland und Deutschland stützt, auf eine reiche kulturelle Tradition, ein gemeinsames europäisches kulturelles Erbe, muss und soll günstige Voraussetzungen schaffen zur Entstehung einer Atmo-

sphäre des gegenseitigen Vertrauens und der gemeinsamen Verantwortung. Die Sektion Kultur schlägt eine verstärkte Kooperation zur Verbesserung der gemeinsamen und unterschiedlichen kulturellen Traditionen zwischen Russland und Deutschland vor. Dieses Ziel soll erreicht werden durch:

a) die Durchführung von gemeinsamen Ausstellungen. Konkrete Projekte sind: »Berlin – Moskau nach 1945« (2003), »Sankt Petersburg – Schaffung einer kaiserlichen Kunstmetropole« (2003) u.a.

b) Ausstellungen von gemeinsamen Sammlungen von kriegsbedingt verlagerten Kunstwerken, für die beide Partner kulturelle Verantwortung tragen: konkretes Projekt ist u.a.: »Kunst der Völkerwanderungszeit vom Rhein bis zur Wolga.« Eine Rückgabegarantie der ausgestellten Objekte wird von beiden Seiten zugesichert.

c) Anzustreben sind Organisationsformen, die die gemeinsame wissenschaftliche und künstlerische Arbeit im Bereich der Musik, Literatur und des Theaters koordinieren, fördern und die deutsch-russische Partnerschaft im internationalen Rahmen und bilateralen Dialog vertiefen.

d) Gleichzeitig wurde als Defizit ein nachlassendes Interesse an der Zusammenarbeit im Bereich Theater und Musik angemerkt. Auch gäbe es kaum Lehrstühle für Kunstgeschichte und Kunstwissenschaft der russischen Kunst in Deutschland und umgekehrt. Daher wurde vorgeschlagen, ein deutsch-russisches Forum für bilaterale Kunstgeschichte nach den Modellen von Paris, Rom und Florenz einzurichten. Im Bereich des Bibliothekswesens wird die Gründung eines Zentrums für die Bucherhaltung als deutsch-russisches Projekt angeregt.

e) Bei allen vorgeschlagenen Projekten soll der Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

f) Die Frankfurter Buchmesse 2003, deren Länderschwerpunkt Russland sein wird, soll als Forum zur breiten Darstellung der deutsch-russischen Beziehungen in den Bereichen Literatur, Kunst, Musik und Theater genutzt werden. In diesem Zusammenhang wurde angeregt, literarische Übersetzungen durch beide Seiten zu fördern, beispielsweise durch die Einrichtung eines Übersetzungsinstituts nach dem Vorbild des Europäischen Übersetzerkollegiums in Straelen.

g) Mit Ausstellungen, Colloquien (wie den Potsdamer Begegnungen), Publikationen und Manifestationen in allen Künsten soll ein bewussterer und

sensibler Umgang mit der gemeinsamen und unterschiedlichen Erinnerungskultur entwickelt werden. Die großen Leistungen des kulturellen Austausches und die tragischen Verletzungen im Schicksal der beiden Länder sollen anschaulich werden und die Verpflichtung zu friedlicher Zusammenarbeit fördern. Dieser Aufgabe sollten sich u.a. die Russische Akademie in Berlin und das Museum in Karlshorst widmen.

h) Die Zusammenarbeit mit dem Theater soll verstärkt werden durch regelmäßige Treffen zwischen den beiden Verbänden. Eine enge Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Schauspielern und besonders von Regisseuren ist anzustreben. Übersetzungen neuer russischer und deutscher Theaterautoren sollen gefördert werden. Ein russisch-deutsches Theaterfestival soll regelmäßig stattfinden, z.B. 2003 zur Buchmesse in Frankfurt.

i) Für den Herbst 2003 wird ein Festival für zeitgenössische Musik und Literatur geplant. Hierfür werden möglichst bald Kompositionsaufträge erteilt.

Austausch von Informationen und ein intensiverer persönlicher Kontakt sind deshalb erforderlich.

Quelle: [http://www.petersburger-dialog.de/default\\_d.php?fil=pd0015/abschluss\\_d.htm](http://www.petersburger-dialog.de/default_d.php?fil=pd0015/abschluss_d.htm)

## Massenmedien

Die Konferenzteilnehmer kommen überein, den begonnenen Dialog der Zivilgesellschaften im Internet fortzusetzen und die Bürger beider Länder an einem aktiven Meinungsaustausch über die deutsch-russischen Beziehungen zu beteiligen. Weiterhin betonen die Teilnehmer nachdrücklich, dass ein neues Russland ohne Meinungs- und Pressefreiheit undenkbar ist.

Die Teilnehmer sehen ihre Aufgabe unter anderem darin, durch die Förderung des Dialogs zwischen den Massenmedien beider Länder zur positiven Änderung der entstandenen Stereotypen beizutragen. Es wurde beschlossen, jährlich die zwei besten russischen Artikel über Deutschland, bzw. die zwei besten deutschen Artikel über Russland mit einem Journalistenpreis auszuzeichnen. Der Austausch von Journalisten und vielleicht sogar von Kolumnen soll intensiviert werden. Zu diesem Zweck erachteten die Teilnehmer der Sektion die Gründung eines deutsch-russischen Presseklubs – auch eines virtuellen Klubs – für nützlich. Es wurde auch vorgeschlagen, die Möglichkeit für die Gründung eines deutsch-russischen TV-Kanals zu prüfen.

Die Trägheit des Argwohns und der Voreingenommenheit ist noch bei weitem nicht überwunden. Der